



Die Wahlausichten in Salzburg.

Von unserem Sonderberichterstatter.

Salzburg, 16. Oktober.

Nach dem Aufteilungsschlüssel der neuen Wahlordnung wird Salzburg — von dem kleinen Vorarlberg abgesehen — jetzt die geringste Zahl von Abgeordneten in den Nationalrat entsenden. Es hat in Zukunft nur sechs statt der bisherigen sieben Mandate zu vergeben, verliert aber in Wirklichkeit eigentlich zwei Sitze im Parlament, da ja auch ein großdeutsches Reststimmmandat einem Vertreter dieses Bundeslandes zugefallen war. Rechnet man das Reststimmmandat hinzu, so hatte Salzburg bisher vier christlichsoziale, zwei sozialdemokratische und zwei großdeutsche Abgeordnete, von welchen letzteren sich später der eine — Abgeordneter Wimmer — dem Landbund anschloß. Sein Reststimmmandat hatte er aber ausschließlich den großdeutschen Stimmen zu verdanken, obwohl der Besitzstand dieser Partei seit den Wahlen in die konstituierende Nationalversammlung um ein Viertel, von rund 28.000 auf 21.000, zurückgegangen war. Diesmal besteht für das freiheitliche Bürgertum weniger Aussicht, im ersten Ermittlungsverfahren ein Mandat zu erhalten und auch für die zweite Fählung wird mit der Wahrscheinlichkeit eines Stimmrückganges gerechnet. Die Schuld liegt an dem erbitterten Bruderkampf zwischen Großdeutschen und Landbund, der in Salzburg, vor allem von seiten der Landbunde, mit den häßlichsten persönlichen Mitteln geführt wird. Die Wirkungen dieser unerfreulichen Fehde lassen sich unschwer voraussehen: den Erfolg der Agitation werden die anderen Parteien ernten, und es besteht die Gefahr, daß ein erheblicher Bruchteil der bisher freiheitlichen Stimmen den Christlichsozialen oder Sozialdemokraten zufällt. In der Stadt Salzburg waren die Großdeutschen, die wieder den Magistratsrat Elejtin kandidieren, bei den letzten Wahlen die stärkste Partei; ob sie auch diesmal die Führung haben werden, hängt nicht zuletzt von der Haltung der Nationalsozialisten ab, die hier über einen nicht unbeträchtlichen Anhang verfügen. Die Versuche des Landbundes, die Stimmen der Hausbesitzer für sich zu gewinnen, lassen keinen übermäßigen Erfolg erwarten.

Die Christlichsozialen, die bisher vier Abgeordnete zählten, dürften diesen Besitzstand auch diesmal trotz der Verminderung der Mandatsziffer behaupten. Sie hatten bei den letzten Wahlen einen namhaften Uberschuß an Stimmen, und ihre bäuerlichen Organisationen, die ja die stärksten Grundpfeiler ihrer Wählermassen ausmachen, sind hier ebensowenig zu erschüttern wie in den anderen Bundesländern. Von ihren Wahlverbänden haben Geißler und Dr. Kameli dem Nationalrat bereits angehört; als dritter steht jetzt der Holzgroßhändler Heuberger auf der Liste, da der Abgeordnete Neuhofner nach seinem Konflikt mit dem Abgeordneten Witternigg eine Wiederkandidatur abgelehnt hat.

Die Sozialdemokraten hatten im Jahre 1920 genau die doppelte Wahlzahl aufgebracht. Sie müßten diesmal mit Rücksicht auf die Mandatsverringering einen erheblichen Zuwachs an Stimmen haben, wenn sie ihre bisherigen zwei Mandate schon im ersten Ermittlungsverfahren behaupten wollen. Das scheint bei der sozialen Schichtung der Wählerschaft im Lande kaum denkbar, und so wird das zweite salzburgische Mandat der Partei wohl erst bei der zweiten Fählung zufallen, wenn ein Stimmrest aus einem anderen Wahlkreise des Verbandes die Bewerbung unterstützt. Sozialdemokratischer Listenfürher ist wiederum der Redakteur des Salzburger Parteiblattes Abgeordneter Witternigg, an zweiter Stelle steht diesmal der Lehrer Baumgärtel statt des früheren Abgeordneten Viehhauser. Die übrigen Kandidaturen, Kommunisten und kaisertreue Volkspartei, kommen auch in Salzburg nicht in Betracht, die letztere hat übrigens in Erkenntnis der Aussichtslosigkeit ihrer Bemühungen nicht einmal ihren Anspruch für das zweite Ermittlungsverfahren angemeldet.

Eine Wahrscheinlichkeitsrechnung läßt von den sechs Mandaten Salzburgs bei der ersten Fählung drei den Christlichsozialen und eines den Sozialdemokraten zufallen. Bei der Reststimmverteilung dürften die Sozialdemokraten ein zweites Mandat erhalten. Für das sechste salzburgische Mandat schließlich sind die Aussichten des Großdeutschen Elejtin günstiger als jene des Landbündlers Wimmer, zumal der Landbund nur in Salzburg und Vorarlberg kandidiert, also nur aus diesen beiden Ländern die Reststimmungen für das zweite Ermittlungsverfahren zusammenzählen kann. Für einen Erfolg Elejtin spricht auch das Ergebnis der vor einem Jahre durchgeführten Neuwahlen in den Landtag; von den vier freiheitlichen Abgeordneten ist einer Landbündler, einer Nationalsozialist und zwei gehören der großdeutschen Volkspartei an.

Der neue deutsche Schritt in Paris und Brüssel.

Der Empfang des deutschen Geschäftsträgers in Paris.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Paris, 17. Oktober.

Poincaré hat den deutschen Geschäftsträger von Hoesch heute, vormittags gegen 12 Uhr, empfangen. Die Unterhaltung dauerte fast eine Stunde. Poincaré wurde gegen 1 Uhr beim Verlassen des Quai d'Orsay von den zahlreichen wartenden französischen Pressevertretern mit Fragen bestürmt, lehnte aber jede Auskunft über die Unterhaltung kurz angebunden ab. Die Pressevertreter hatten den Eindruck, daß Ministerpräsident Poincaré nervös war. Das französische Ministerium des Auswärtigen hat bis zur Stunde kein Communiqué über die Unterhaltung ausgegeben. Man weiß am Quai d'Orsay noch nicht mit Sicherheit, ob überhaupt ein Communiqué ausgegeben wird.

Der „Temps“ berichtet, der deutsche Geschäftsträger habe Poincaré die ziemlich umfangreichen Instruktionen dargelegt, die er aus Berlin erhalten habe. Eine amtliche Mitteilung über diese Audienz sei nicht gemacht worden. Die französische Politik, so fügt der „Temps“ wörtlich hinzu, ist übrigens wiederholt öffentlich definiert worden durch Erklärungen, welche die Regierung nur aufrecht erhalten könnte. Am Quai d'Orsay wurde heute abend erklärt, man dürfe der Unterhaltung keine allzu große Bedeutung beimessen. Es sei nicht möglich, nähere Mitteilungen darüber zu machen, aber so viel könne gesagt werden, daß der deutsche Schritt von heute vormittag nicht als Anzeichen einer Aenderung in der Politik der beiden Länder betrachtet werden könne.

Von unterrichteter Seite erfahre ich, daß der heutige Schritt des deutschen Geschäftsträgers hauptsächlich bestimmt war, Poincaré zu überzeugen, daß Verhandlungen von Regierung zu Regierung über die Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet und die Regelung der Sachleistungsfrage notwendig seien. Es liegt Grund zu der Annahme vor, daß Poincaré an seiner ablehnenden Haltung gegenüber dem deutschen Wunsche nach direkten Verhandlungen bis auf weiteres festhalten zu müssen glaubt. Der deutsche Geschäftsträger hat im Laufe der heutigen Unterhaltung dargelegt, was von seiten der Reichsregierung geschehen ist, die Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet zu erleichtern, um auf diese Weise ihren guten Willen zu beweisen. Der Geschäftsträger ging auch auf die Aufhebung der Kohlensteuer ein und überreichte Poincaré eine schriftliche Auseinandersetzung der Gründe, aus denen die deutsche Regierung sich zu dieser Maßnahme entschlossen hat. Diese schriftlichen Darlegungen werden von französischen Sachverständigen geprüft werden. Botchaftsrat v. Hoesch hat, wie ich weiter erfahre, im Laufe

der Unterhaltung betont, daß die Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes bedenkliche Rückwirkungen auf die innere Lage in Deutschland haben könnte.

Die Demarche in Brüssel.

Der deutsche Geschäftsträger in Brüssel hat heute gleichfalls einen Schritt unternommen, über den Authentisches bis zur Stunde noch nicht bekannt ist. Man weiß daher in Paris auch noch nicht, ob der Geschäftsträger in Brüssel die gleichen Instruktionen erhalten hat wie der hiesige. Nach Brüsseler Meldungen der Pariser Abendblätter hat der belgische Minister des Auswärtigen heute, nachmittags 2 Uhr, den deutschen Geschäftsträger empfangen. Die Unterhaltung dauerte ungefähr eine halbe Stunde. Jaspars empfing dann den französischen Geschäftsträger. Der Minister des Auswärtigen begab sich um 3 Uhr zum König, unter dessen Vorsitz heute nachmittags ein wichtiger Ministerrat stattfand. Dieser Ministerrat hat sich nach vorliegenden Meldungen hauptsächlich mit der äußeren Lage beschäftigt.

Buspikung des Konflikts in Sachsen.

Zurückweisung von Forderungen des Militärbefehlshabers durch die Regierung.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Dresden, 17. Oktober.

Der sächsische Konflikt treibt rasch seinem Höhepunkte zu und hat heute eine Entwicklung genommen, die überhaupt keinen anderen Ausweg mehr läßt, als einen gewaltsamen Zusammenstoß zwischen der verfassungsmäßigen Regierung und der Militärgewalt. In der heutigen Landtagsitzung, die die Fortsetzung der politischen Aussprache brachte, verlas Ministerpräsident Dr. Zeigner ein Schreiben des Militärbefehlshabers General Müller, in dem dieser unter Bezugnahme auf eine Rede des Finanzministers Böttcher, der sich für eine Bewaffnung des Proletariats und für die Beibehaltung der proletarischen Hundertschaften ausgesprochen hatte, sich an die Regierung mit folgenden Worten wendet: „Ich habe bei all meinen bisherigen Maßnahmen die Mitarbeit der sächsischen Regierung zur Voraussetzung genommen. Für ihre Fortführung bitte ich Sie, Herr Ministerpräsident, zu den Ausführungen des Ministers Böttcher Stellung zu nehmen, und zwar bis 18. Oktober, 11 Uhr vormittags unzweideutig auszusprechen, ob sich das Gesamtministerium dem Geiste und dem Wortlaut nach mit den Ausführungen des Ministers Böttcher einverstanden erklärt und in diesem Sinne die Regierung weiterführen will, oder ob es entgegen den Äußerungen des Ministers Böttcher gewillt ist, nach meinen Weisungen zu handeln. Für den letzteren Fall muß ich, um klare Verhältnisse zu schaffen, fordern, daß die sächsische Regierung die mir gegebene Erklärung im Wortlaut in der Presse veröffentlicht. Ferner bitte ich um Angabe, welche Maßnahmen die Regierung zu ergreifen gedenkt, um eine Wiederholung derartiger Entgleisungen, wie sie die Rede des Ministers Böttcher zweifellos darstellt, für die Zukunft vorzubeugen.“ Ministerpräsident Dr. Zeigner protestierte gegen dieses Schreiben und erklärte, daß die Regierung aus dem Landtag verantwortlich sei, nicht dem Wehrkreiskommando. Man wolle die linke Hälfte des Landtages abwürgen. Das Militär habe kein Verhältnis zur Republik. Die nächsten, die an die Reihe kommen, würden die Demokraten sein. Im weiteren Verlaufe der Aussprache ergriff dann der neue Wirtschaftsminister Hecker das Wort und erging sich in schärfsten Angriffen gegen die bestehenden Verhältnisse. Er sprach von einer Schweißwirtschaft in Deutschland, und setzte in diesem Stile seine Ausführungen fort. Dann erklärte der neue Finanzminister Böttcher zunächst, daß er die Absicht gehabt habe, die Hälfte der

er sich auf ihre Seite. Die Reden, die er bald danach gegen „Bulgarian atrocities“ in die Welt donnerte, waren von Olga Novikow inspiriert. Dsraeli verhielt sich referiert; er hielt es mit den Türken. Sie mochte ihn deshalb auch nicht. Der Titel „Der Abgeordnete von Rußland“ war nicht ganz als Kompliment gemeint. — Ein Bruder der Olga Novikow fiel als freiwilliger Kämpfer für die serbische Sache auf serbischem Boden. Der kleine Ort, wo er sein Blut vergoß, trägt seinen Namen. Sein Tod soll der Ausgangspunkt aller politischen Aktivität der Schwester gewesen sein.

In den Jahren 1876 bis 1880 und auch später waren die Beziehungen Rußlands und Englands äußerst gespannt. Die Möglichkeit eines Krieges war immer gegeben. Olga Novikow nahm es auf sich, alle ihre Kräfte, den Charm ihrer Persönlichkeit, ihre Ueberredungsgabe, ihre diplomatischen und propagandistischen Talente in den Dienst einer russisch-englischen Alliance zu stellen. Ohne Zweifel ist es ihr gegliückt, manche gefährliche Konfliktsperiode zu überbrücken, ohne Zweifel hat sie Gladstone stark beeinflusst, und erwiesenermaßen hat sie, die in vielen Kreisen als russische Spionin und politische Agentin verschrien und gefürchtet war, ihn in prekären Momenten politisch kompromittiert. Die englischen Zeitungen nannten sie „the most remarkable woman of her time“. Ihre Dienstage nachmittage im Claridges Hotel, wo sie wohnte, waren berühmt. Die ganze Diplomatie, die größten Künstler verkehrten bei ihr (Rubinstein, Liszt, Thalberg, Halévy, Stockhausen, Tschairowskij, Glazunow zählten zu ihren Bekannten), ihr Salon war der Brennpunkt der großen Welt. Wohl gab es in London einen russischen Botschafter, der eigentliche Botschafter jedoch war sie. Und Baron de Staal, der Nachfolger Brunows, pflegte lächelnd zu erzählen, daß er manchmal aus den Zeitungen erfahre, welche russische Politik Madame Novikow und der Kanzler Prinz Gortschakow im Sinne haben. Dabei wußte er gar nicht, daß sich Madame Novikow zuweilen auch von Gortschakow nichts vorschreiben ließ, der ihr aus diplomatischen Gründen zum Beispiel den übermäßigen Gebrauch des Wortes Slawe untersagen wollte, weil dieses Wort damals in den Staatskanzleien Europas nicht allzu unmaßstäblichen Platz behielt.

Doch gerade dieses eine Wort war das Hauptwort in ihrem Vokabularium, und das konnte sie nicht preisgeben. Im Gegenteil, sie hämmerte es den Engländern in unzähligen Artikeln und unzähligen Bemühungen ein, bis ein ganzer Kreis bedeutender Männer, außer Gladstone, Carlyle, Kingslake, Lyndall, Froude, Wm. T. Stead sich zum orthodoxen Russentum bekannte. Es wurde von ihr gesagt, sie sei Rußland eine Armeewert. Und das war nicht übertrieben, keine Frau, kein ausländischer Diplomat in London hatte in jenen Jahren ähnlichen Einfluß, ähnliche soziale und politische Stellung wie die inoffizielle, blaubügelige Botschafterin des Panflawismus.

Sie hat ihre Welt überlebt. Und was sie gesät hat, haben andere geerntet. Wenn es Ernte sein sollte. Tot sind alle großen Männer, denen sie Freundschaft oder Feindschaft entgegenbrachte. Die meisten Diplomaten sind nach dem Kriege nicht mehr auf ihre Posten zurückgekehrt. Und im Kreml sitzt an Stelle Nikolaus des Zaren — der Volkskommissar Wladimir Iljitsch Lenin. Der Krieg ist ein vielseitiges Schwert, es tötet auch jene, die es schwingen. Und sie selbst hat sich überlebt.

Wie sie vor mir saß, in einem schwarzen Kleid, mit vielen Schmuckstücken um den Hals, mit Ketten, Gehängen, Armabändern und Ringen — das war Olga Novikow nicht mehr. Nur ein Geist auf dieser Erde, der keine Ruhe finden kann.

„Ich wußte nicht, daß Sie in London leben, Madame Novikow,“ sagte ich.

„Ich war sehr krank,“ erwiderte sie; „drei Jahre lang lag ich im Bett. Als ich die Nachricht von der Ermordung des Zaren hörte, erlitt ich einen Schlaganfall. Der Grund, warum Sie nichts von mir hörten, ist, ich darf nicht schreiben, meine Augen sind so schwach geworden. Ich kann auch nicht viel sprechen. Ja, früher habe ich viel geschrieben, die Zeitungen haben mir immer Platz gegeben, und ich habe auch viel gesprochen, das ist wahr; jetzt sitzen sie über mir.“

„Was sind Ihre Ansichten über Europa, über Rußland?“

„Was soll man sagen? Europa ist ganz verrückt, und was in Rußland geschieht, ist eine Monstrosität. Nur Dostojewski könnte es beschreiben. Ich sehe niemand, der die Welt wieder einrichten könnte. Es gibt keine großen Männer mehr, keine genialen Männer, es gibt auch keine großen Dichter.“

„Haben Sie Dostojewski gekannt?“

„Sehr gut sogar; er hat in meinem Hause verkehrt.“

Auch Tolstoi.“

„Wie haben Sie sich mit Tolstoi vertragen? Ihre Anschauungen waren sicherlich nicht die seinigen.“

„Nein. Er war ein großer Erzähler; aber nur der junge Tolstoi war groß; der spätere (sie machte eine etwas geringschätzige Bewegung mit der Hand) — wir schätzten ihn als Romanjäger, aber seine Religion, seine Philosophie, die sind doch verrückt. Uns echte Russen hat es immer amüsiert, zu sehen, wie ernst er im Auslande genommen wurde.“

Sie lächelte ein wenig maliziös, mehr mit den Winkeln des Mundes als mit den Augen. „Tolstoi sagte einmal zu mir: Madame Novikow, Sie müßten immer ein Papier um Gürtel tragen, das würde mit Ihrem Charakter übereinstimmen.“

Aber ich antwortete ihm: „Waffen und Ideen — und Ideen sind ja Waffen — sollte man nicht zur Schau tragen, es ist nicht gute Diplomatie, seine Ansichten von den Hausdächern auszurufen.“

„Sie haben es doch getan, Madame Novikow.“

„Ja, wenn ich glaubte, daß es nützlich sein könnte.“

Nützlich, dem Panflawismus?“

Sie lächelte wieder; oder war es nur Mienenenspiel?

„Ich wollte den unterdrückten Slawen helfen. Sie kommen aus Wien? Wie sieht es aus? Ich habe ein Jahr in Wien gelebt; mein Schwager war Botschafter dort. Natürlich mußte ich gegen Oesterreich sein. Die Slawen waren sehr bedrückt, ich wollte ihr Los erleichtern. Und jetzt — können Sie sich Oesterreich als Republik vorstellen?“

„Und Rußland?“ sagte ich.

„Als die russisch-englische Alliance, die mein Werk war,

sächsischen Staatswaldungen zu verkaufen, um aus dem Erlös den Notleidenden in Sachsen Kohlen, Kartoffeln und Brot zukommen zu lassen. Der Verkauf sei nicht zustande gekommen, weil die Käufer viel zu wenig geboten hätten. Ebenso hätte die Sächsische Bank jede Unterstützung der Regierung durch Darlehen, durch Anleihen oder freiwillige Unterstützung abgelehnt. Die internationale Arbeiterhilfe aber habe ihm 2000 Tonnen Getreide zur Verfügung gestellt. Mit Rußland wird über einen Austauschvertrag von Getreide gegen Industrieerzeugnisse verhandelt. Zu dem Konflikt mit General Müller erklärte Böttcher, daß er nur der Mehrheit des Landtages verantwortlich sei. Er sehe in dem Vorgehen des Generals Müller einen eklatanten Bruch der Verfassung. Das Schreiben Müllers sei die Aufhebung der Meinungsfreiheit, die die Reichsverfassung schützt. Die sächsische Regierung stehe vor ernstesten Entscheidungen. Sachsen sei kein Balkanstaat, wie man in Berliner Blättern klarmachen wolle. Die Arbeiterschaft sei gereizt bis aufs Blut, habe sich aber bisher nicht provozieren lassen. Der Minister warnte die Reichsregierung, die Geduld der Arbeiterschaft nicht länger auf die Probe zu stellen, sonst werde man den Kampf aufnehmen.

Zum Schluß ergriff noch einmal Ministerpräsident Dr. Zeigner das Wort. Er erinnerte daran, daß Bayern ganz unerwartet den Ausnahmezustand verhängt habe. Das Reich sei dann gezwungen gewesen, von sich aus den Ausnahmezustand zu verhängen, angeblich gegen Bayern. Aber das bayerische Landrecht breche jetzt das Reichsrecht. Mit Scham und Bitterkeit habe man gesehen, daß General Vossow sich Rahr unterordnet. Ganz Bayern sei ein Heerlager. Die Steuersabotage werde dort organisiert, ebenso der Kampf gegen das Reich und gegen alles, was links stehe. Der Ministerpräsident habe heute erfahren, daß die bayerische Regierung gestern eine Note in Berlin überreicht habe, in der unter Bezugnahme auf eine frühere Note an die Reichsregierung behauptet wird, Sachsen habe einen feindlichen Akt gegen Bayern dadurch unternommen, daß es einen bayerischen Betriebsrätekongreß in Sachsen unter dem Schutze der Regierung habe abhalten lassen. Die Reichsregierung werde in der Note gefragt, welche Maßnahmen sie zu treffen gedenke, um ihr Ansehen aufrechtzuerhalten. Noch sei es, so fuhr Zeigner fort, ein stiller Krieg. Noch seien es nur papierene Drohungen. Aber niemand solle sich darüber täuschen, daß, wenn es diesen Kreisen gelingen werde, sich in Deutschland durchzusetzen, dann die deutsche Republik der Geschichte angehören werde. Warum, so fragte Zeigner, handelt das Reich nicht? Wer nicht handelt, macht sich mitschuldig. Wir sind nicht dem Wehrkreiskommando Rechenschaft schuldig, weder für amtliche noch für private Äußerungen, sondern nur dem Landtag. Die Forderung, daß wir unsere Antwort an Müller veröffentlichen sollen, ist ein Skandal. Gegenüber diesem unzweifelhaften rechts- und verfassungswidrigen Schreiben erkläre ich für die sächsische Regierung, wir lehnen es überhaupt ab, darauf zu antworten. Wir werden nur verfassungsmäßigen Anordnungen der Reichsregierung folgen. Was wir zu erklären haben, werden wir hier im Landtag erklären. Für den Fall aber, daß General Müller

seine Drohungen wahr machen sollte, wollen wir darauf hinweisen, daß er den Boden des Rechtes und der Verfassung zu verlassen im Begriffe ist. Wir fordern, daß die Reichsregierung gegen ein solches Verhalten einschreitet. Wir fordern, daß nicht weiterhin ein Land anders behandelt wird als ein anderes, je nach der Meinung des Militärbefehlshabers. In Bayern duldet das Reich die schwersten Rechts- und Verfassungsbrüche. Gegen diese unterschiedliche Behandlung legen wir schärfste Verwahrung ein. Wir fordern und erwarten, daß die Bevölkerung sich hinter uns stellt.

Die Rede wurde auf der Linken mit großem Beifall aufgenommen, während die Rechte sich schweigend verhielt, da sie wohl herausföhlte, daß der Schlag gegen das Parlament und gegen die Demokratie, nicht nur gegen die kommunistisch-sozialistische Regierung gerichtet ist. Im weiteren Verlaufe der Landtagsführung wurde dann der deutsch-nationale Mißtrauensantrag mit 48 sozialistisch-kommunistischen gegen 45 bürgerliche Stimmen abgelehnt. Der morgige Donnerstag dürfte wohl den Höhepunkt und die Entscheidung der Krise bringen.

**Ernennung des Abgeordneten Meier zum Zivilkommissär.**

Telegramm unseres Korrespondenten.

Dresden, 17. Oktober.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Meier ist heute zum Zivilkommissär für Sachsen ernannt worden.

**Verbot von Ansammlungen und Umzügen in Leipzig.**

Telegramm unseres Korrespondenten.

Leipzig, 17. Oktober.

Das Leipziger Polizeipräsidium hat auf Grund der Ausführungsverordnung des Wehrkreiskommandos eine Verordnung erlassen, in der alle Umzüge und Ansammlungen unter freiem Himmel unter Androhung schwerer Gefängnis- und Geldstrafen verboten werden. Wer durch Zuwanderung den Tod eines Menschen verursacht, soll mit dem Tode bestraft werden. Gleichzeitig wird die Bevölkerung aufgefordert, sich von Ansammlungen fernzuhalten, und alle Eingriffe in die Lebensmittelversorgung, durch die die Lage noch verschärft wird, zu unterlassen. In der Stadt ist alles ruhig. Eine große Anzahl Leipziger Lebensmittelhändler hat heute eine große Menge von Lebensmitteln der Arbeitslosenfürsorge zur Verfügung gestellt.

**Ruhe in Berlin.**

Telegramm unseres Korrespondenten.

Berlin, 17. Oktober.

Neue Unruhen sind weder in der vergangenen Nacht noch heute vormittag in Berlin vorgekommen. Die Umgebung des Rathauses wird von der Polizei scharf bewacht. Der Zweckverband der Berliner Bäckermeister sandte eine Abordnung zum Berliner Polizeipräsidenten, um mit ihm über einen polizeilichen Schutz der Bäckereien zu verhandeln. Es wurde festgestellt, daß bis jetzt 41 Berliner Bäckereien zum großen Teil gänzlich ausgeraubt worden sind. Der Polizeipräsident versprach Hilfe, wies aber auf die

Schwierigkeiten hin, zirka 4000 Bäckereien wirksam bewachen zu können. Er empfahl den Bäckern, an Hungernde sowie an arme Leute, in mäßigem Umfange Backwaren unentgeltlich zu verabreichen, um dadurch zu einer Milderung des Glendes wirksam beizutragen. Die Bäcker haben beschlossen, trotz der Plünderungsgefahr weiter zu arbeiten und ihre Läden offen zu halten. Heute wurde das Gerücht verbreitet, daß vom morgigen Tag ab der Brotpreis auf eine Milliarde Mark erhöht werden soll. Die Verbreitung dieser falschen Nachricht rief unter den Erwerbslosen ungeheure Aufregung hervor und es wurde sogar daraufhin zu weiteren Plünderungen aufgefordert. Der Zweckverband der Berliner Bäckermeister teilt mit, daß trotz der Mehlpreiserhöhung um anderthalb Milliarden das Brot bis auf weiteres unverändert 480 Millionen Mark kosten wird. Im Laufe der gestrigen Tumulte wurden 84 Personen beiderlei Geschlechtes von der Polizei verhaftet. Davon wurden 77 Personen dem Untersuchungsrichter wegen Landfriedensbruches, Aufruhr, Plünderung usw. vorgeführt.

In einigen der westlichen Vororte erschienen heute in verschiedenen Bäckereien und Kolonialwarengeschäften kleine Trupps von 20 bis 50 Personen und verlangten unter mehr oder weniger deutlichen Drohungen die unentgeltliche Abgabe von Nahrungsmitteln. Diesen Forderungen wurde zu meist entsprochen, worauf sich die Leute wieder entfernten. Auch auf einigen Wochenmärkten zogen kleinere Trupps Erwerbsloser von Stand zu Stand und forderten die Abgabe von Lebensmitteln, wobei sie ihre Notlage schilderten. Auch hier wurden diese Forderungen meistens erfüllt.

**Neue Preiserhöhungen der Straßenbahn und Stadtbahn.**

Morgen tritt wieder eine erhebliche Erhöhung der Preise der Berliner Verkehrsmittel in Kraft. Der Preis für eine Straßenbahnfahrt wird 50 Millionen Mark kosten. Auf der Stadtbahn kostet eine Fahrt in der dritten Klasse von morgen ab 50 Millionen Mark, in der zweiten Klasse 75 Millionen Mark. Die Postverwaltung kündigt an, daß vom 20. d. ab die Telegraphen- und Telephongebühren, welche erst am 12. d. bedeutend erhöht worden sind, abermals heraufgesetzt werden sollen, und zwar auf das Fünffache der gegenwärtigen Tarife.

**Oberleutnant Rosbach in München.**

Telegramm unseres Korrespondenten.

München, 17. Oktober.

Oberleutnant Rosbach, der nach längerer Haft erst vor kurzem vom Staatsgerichtshof in Leipzig entlassen worden ist, wird, wie der „Völkische Beobachter“ heute meldet, Freitag in München in einer Versammlung der Rosbach-Organisation und Nationalsozialisten sprechen. Auch Hitler wird der Versammlung beiwohnen und sprechen.

**1 Goldmark = 936 Millionen Papiermark.**

Berlin, 17. Oktober.

Für die Zeit vom 20. bis einschließlich 23. Oktober beträgt das Goldzollaufgeld 93.599.999.000 vom Hundert (1 Goldzollmark = 936 Millionen Papiermark.)

**Vorschläge Smuts' zur Lösung der Reparationsfrage.**

Berlin, 17. Oktober.

Die „Vossische Zeitung“ meldet aus London: In seiner Rede auf der Reichskonferenz hat Premierminister Smuts nach Angabe der „Daily News“ für die weitere Behandlung der Reparationsfrage vier Punkte entwickelt: 1. Deutschlands gesamte Verbindlichkeiten werden auf 50 Milliarden Goldmark festgesetzt. 2. Deutschland erhält ein mehrjähriges Moratorium (Smuts befristet vier Jahre). 3. Der Völkerbund setzt eine in wohlwollendem Geiste zu handhabende Aufsicht über die deutschen Finanzen ein, und zwar nach dem Muster der Finanzaufsicht für Desterreich. 4. Alle Alliierten und die Vereinigten Staaten gewähren einander ein zehnjähriges Schuldenmoratorium.

**Die Note des Schweizerischen Bundesrates an die französische Regierung.**

Bern, 17. Oktober.

Die heute in Paris überreichte Note des Schweizerischen Bundesrates über die Zonenfrage bespricht, daß sich die Schweiz den Verpflichtungen des Artikels 435 des Vertrages von Versailles entziehen wolle. Dieser Artikel könne nur in dem Sinne geltend gemacht werden, in dem die Schweiz ihm zugestimmt habe. Solange seine Tragweite nicht geklärt sei, könnten die Besprechungen kein befriedigendes Ergebnis haben. Unter den durch Frankreich einseitiges Vorgehen geschaffenen Umständen könne der Bundesrat nicht weiter verhandeln. Die Note weist ferner den Vorwurf dilatorischer Behandlung der Angelegenheit durch den Schweizer Bundesrat zurück und betont, der Bundesrat habe seinerzeit Frankreich mitgeteilt, daß die Genfer Handelskammer mit der Ausarbeitung eines neuen Konventionsentwurfes beschäftigt sei, der Mitte Oktober vorliegen werde. Schließlich wird in der Note vorgeschlagen, die Streitfrage dem Internationalen Gerichtshof in Haag oder irgendeiner anderen Schiedsinstanz, die der französischen Regierung genehm sei, zu unterbreiten.

„Vierzig Jahre bin ich in der Wildnis herumgewandert, und nun ist mir das Glück vergönnt, das gelobte Land zu betreten.“ Sie schüttelte den Kopf und lächelte, immer wieder dieses unendbare Lächeln.

(Nicht gar lange, nachdem Mme. Novikow diese Sätze niedergeschrieben, fuhr in einem plombierten Waggon mit Erlaubnis des deutschen Armeekorpskommandos der Mann namens Lenin in Begleitung einer Gruppe russischer Kommunisten von der Schweiz durch Deutschland gegen die russische Grenze — worüber man in dem Buche Henri Guillebeaux' interessante Einzelheiten erfahren kann —; er betrat Petersburg vom Finlandski Wikkal, dem finnländischen Bahnhof, aus und wurde in der Bahnhofshalle empfangen, die früher niemand anderer als der Zar und sein Gefolge betreten durfte.)

„Wie stellen Sie sich die Entwicklung in Rußland vor? Sie kennen doch Ihr Rußland.“

„Diese Monstrositäten können nicht bestehen. Es sind überall Unruhen. Die Leute zerstören alles von Grund aus, nur zerstören. Meine Freundin haben sie ermordet, bloß weil sie eine Hofdame war.“ (Sie suchte die Kehel und lächelte wie ein Mensch, der die Welt nicht mehr versteht.) „Sie ändern die Sprache, die Kirche, die Literatur; sie ändern sogar die Namen der Dichter. Verwontow heißt jetzt Vermonow, und Puschkain, ich weiß nicht, wie sie ihn nennen.“

„Es scheint aber, daß auch aufgebaut wird. Verfolgen Sie die Ereignisse nicht? Kennen Sie das Werk Lenins?“ Sie wehrte mit Heftigkeit ab. „Nein, nein!“

„Sie kennen kein System nicht?“

„Das ist doch kein System. Und es kann keinen Bestand haben.“

„Was soll die Aenderung herbeiführen? Eine Auflehnung von innen?“

„Oder soll von außen —“

„Warum nicht? Das alte Rußland ist oft anderen Staaten zu Hilfe geeilt.“

„Werden die Czechen, die Bulgaren, die Desterreicher, die Jugoslawen Rußland helfen?“

„Vielleicht — später“, sagte sie.

„Lenin scheint mir ein starkes Hindernis, eine brutale Kraft, die rücksichtslos auf die Weltrevolution lossteuert. Kennen Sie sein Leben, sein planmäßiges, opportunistisches Vorgehen seit vielen Jahren?“

„Er ist ein Jude.“

„Jetzt mußte ich lächeln, dieser Antwort wegen.“

„Sie irren, Madame Novikow“, sagte ich, „dieser eine ist keiner.“

„Er ist ein Jude“, wiederholte sie.

„Er ist der Sohn eines russischen Staatsrates; einige behaupten, er sei russischer Abteiler.“

„Nein, nein.“ Ihr Gesicht verzog sich zu überlegenem Hohn, zu Verachtung. „Es ist nicht richtig. Das ist auch nicht sein Name. Er ist ein Jude.“

Dabei blieb sie. Und mir lag es fern, einen Menschen, der weit von der Wirklichkeit, eingemauert im Schacht seiner Vergangenheit, lebt, umstimmen zu wollen. Ich fragte nur noch:

„Glauben Sie, daß die Idee des Panlawismus durch den Kommunismus leiden werde?“ Sie verstand mich aber nicht ganz recht, denn sie antwortete:

„Ich glaube nicht. Panlawismus ist eine christliche Idee. Alle Panlawisten sind Christen; sie haben Ideale. Und die Seele Rußlands wird auferstehen. Die Seele Rußlands ist schöpferisch, konstruktiv, verbindend, voll hohen Strebens, und sie verdient nicht, daß ein blasphemischer Nihilismus es wagen sollte, seinen Kopf zu erheben und ihr Heiligtum zu entweihen. Diese ungebildeten Gäste mit ihrem Gefolge von Zerstörung, Demütigung und nationaler Schändung haben die Vermeßlichkeit im Namen Rußlands zu sprechen. Doch es wird sich alles ändern.“

Ich wollte sie nicht ermüden und stand auf. Madame Novikow lächelte verbindlich, vag.

„Gott wird helfen“, sagte sie zum Abschied.

**Bettfedern Damendecken Matratzen**

I. Tuchlauben 7a, Tuchlaubenhof  
 III. Landstraße Hauptstraße 88  
 VI. Amerlingstraße 8  
 XVII. Ottakringerstraße 48  
 XX., Wallensteinstraße 35.  
 Telephone: 29595, 29596, 29597, 65015, 6678, 7516, 84458, 49050.

**Wolff Gans u. G.**

### Ein wichtiger Schritt in der ungarischen Anleihefrage.

#### Grundsätzliche Zustimmung der Reparationskommission zur Aufhebung des Generalpfandrechtes.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Budapest, 17. Oktober.

Aus Paris liegt die Nachricht vor, daß die Reparationskommission den vom ungarischen Unteranschuß unterbreiteten Vorschlag in Angelegenheit der ungarischen Auslandsanleihe einstimmig angenommen hat. Diese Meldung ist für die wirtschaftspolitische Sanierung Ungarns von der größten Bedeutung. Der Beschluß der Reparationskommission ist als der erste Schritt zur konkreten Lösung der Anleihefrage zu betrachten. Die Verhandlungen des ungarischen Ministerpräsidenten in Genf mit den führenden Faktoren der Großmächte und der kleinen Entente ließen wohl keinen Zweifel in der Richtung übrig, daß Ungarn im Interesse der allgemeinen europäischen Lage zu einer Auslandsanleihe gelangen wird. Andererseits mußte man jedoch mit dem Auftauchen neuer Schwierigkeiten rechnen, welche die Ergebnisse der Genfer Besprechungen hinsichtlich zu machen drohten. Die ersten vorbereitenden Schritte für die Sanierung Ungarns sind nun programmgemäß verlaufen.

Der Unterausschuß der Reparationskommission hat der Reparationskommission den Vorschlag unterbreitet, auf Grundlage der Aufhebung des Generalpfandrechtes das Generalsekretariat des Völkerbundes anzuweisen, im Einvernehmen mit der ungarischen Regierung den Entwurf eines Kontroll- und Sanierungsprogramms auszuarbeiten. Der Beschluß der Reparationskommission involviert die grundsätzliche Zustimmung zur Aufhebung des Generalpfandrechtes sowie zu der Forderung der ungarischen Regierung, daß der Erlös der ersten Anleihe nicht für Reparationszwecke verwendet werden müsse. Der nächste Schritt wird darin bestehen, daß die Reparationskommission das Generalsekretariat des Völkerbundes anweist, eine Delegation nach Budapest zu entsenden, die hier die Einzelheiten des Sanierungsprogramms, beziehungsweise der Kontrolle, auszuarbeiten haben wird. Die Völkerbundelegation wird die Aktiven und Passiven des ungarischen Staatshaushaltes einem genauen Studium unterziehen und sich eingehend über die privatwirtschaftlichen Verhältnisse und Möglichkeiten informieren, um auf diese Weise ein genaues Bild über die staatsfinanzielle und privatwirtschaftliche Leistungsfähigkeit Ungarns zu gewinnen.

Von dem Ergebnis dieser Untersuchung wird, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, die Festsetzung der Höhe der Anleihe summe abhängen. Die Delegation des Völkerbundes wird im Einvernehmen mit der ungarischen Regierung im Sinne ihrer Weisungen von dem Grundgedanken ausgehen, eine endgültige und allgemeine Sanierung zu bewerkstelligen. Sie wird zu diesem Zwecke über die Leistungsfähigkeit des Staates, beziehungsweise über die Möglichkeit der Erhöhung der Leistungen genaue Untersuchungen anstellen. Die österreichische Analogie wird bei der ungarischen Sanierung vielfach als Muster herangezogen werden, doch werden sich, wie verlautet, in zahlreichen Beziehungen Unterschiede sowohl in der Auffassung wie in der Behandlung ergeben. So haben die Regierungen der kleinen Entente bereits jetzt die Völkerbundelegation und die ungarische Regierung wissen lassen, daß sie nicht gewillt sind, die auf sie entfallende prozentuelle Transche der ungarischen Auslandsanleihe so wie in Österreich zu garantieren. Die ungarische Regierung hat diesen Standpunkt der Staaten der kleinen Entente in ihr Kalkül einbezogen und sich darüber vergewissert, daß ihr das englische und amerikanische Kapital auch ohne diese Garantie der kleinen Entente für die Anleihe zur Verfügung steht, sofern die Delegation des Völkerbundes im Laufe ihrer in Ungarn vorzunehmenden Untersuchung alle übrigen Bedingungen für die Anleihe als gegeben erklärt.

Der Zinsendienst der Anleihe soll durch die Einnahmen des Tabakgefälles und der Zölle bedeckt werden. Nach dieser Richtung hin sind bereits Berechnungen angestellt worden. Wie wir erfahren, ist infolge des Rückganges der Konsumtion einerseits und der Drosselung der Einfuhr andererseits ein Rückgang in diesen Staatseinnahmen zu verzeichnen, so daß aller Wahrscheinlichkeit nach noch andere Einnahmequellen für die Zwecke des Zinsendienstes der Anleihe herangezogen werden müssen.

Die Kontrollfrage wird eine der heikelsten Probleme der Tätigkeit der Völkerbundelegation bilden. Der Ministerpräsident hat auf diesbezügliche Interpellationen der Abgeordneten ausdrücklich erklärt, daß die Kontrolle keinerlei Formen der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Ungarns annehmen werde. Diesbezüglich scheint bei den Besprechungen des Ministerpräsidenten mit den führenden Vertretern der kleinen Entente eine einmütige Auffassung erzielt worden zu sein. Die Finanzkontrolle, die sich auf alle Ausgaben und Einnahmen des Staates erstrecken soll, wird eine weitergehende Kontrolle völlig illusorisch machen, da sie den Delegierten den gewünschten Einblick in alle Verhältnisse gewähren wird.

Der Beschluß der Reparationskommission wird in politischen Kreisen als ein wichtiges Ereignis gewertet. Nichtsdestoweniger verheißt man sich weder in der Regierung noch in den Parteien die großen Schwierigkeiten, die noch zur Erlangung der Auslandsanleihe zu überwinden sein werden. Die Auslandsanleihe hat ein Sanierungsprogramm zur Voraussetzung, das in seinem Aufbau und in seiner Konstruktion weitläufiger und in die Verhältnisse des Landes tiefer einschneidende Probleme enthält, als der feinerzeit für Österreich angearbeitete Sanierungsentwurf. Die Frage des Abbaues der Beamten sowie die Inangriffnahme einer entsprechenden Steuerpolitik ist weit schwieriger als in Österreich. Mit dem Rückgang der Produktion in der Landwirtschaft und der Industrie...

der Reparationskommission ist zweifellos der erste konkrete Erfolg in der Anleihefrage erzielt.

### Die Beschlagnahme der tschecho-slowakischen Güter der Erzherzoge Josef Ferdinand und Hubert Salvator.

Prag, 17. Oktober.

Das Oberste Verwaltungsgericht lehnte heute die Beschwerde der ehemaligen Erzherzoge Josef Ferdinand und Hubert Salvator gegen die Beschlagnahme ihrer Güter in der Tschecho-Slowakei ab. Die beiden Erzherzoge hatten geltend gemacht, daß sie bereits im Jahre 1919 nach den österreichischen Gesetzen aus dem gewesenen Herrscherhause ausgetreten seien und deshalb nicht mehr als Habsburger zu gelten hätten. Demgegenüber erklärte das Oberste Verwaltungsgericht, daß für die Entscheidung der Frage bloß der Tag des Umsturzes maßgebend sei und daß die genannten Erzherzoge an dem Tage des Umsturzes zu den Mitgliedern des ehemaligen Kaiserhauses zählten.

### Die Prager deutschvölkische Studentenschaft gegen den akademischen Senat.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Prag, 17. Oktober.

Die deutschvölkische Studentenschaft hat auf die Zurückweisung durch den akademischen Senat hin eine Kundmachung veröffentlicht, in der sie ihr Mißtrauen zu dem akademischen Senat ausdrückt, der sich „dem Einfluß des Prager Judentums“ nicht entziehen könne. Außerdem wird ein rücksichtsloser Kampf um die Deutscherhaltung der Hochschulen angekündigt.

### Die Forderung nach Aufhebung der Passiva

Wien, 17. Oktober.

Sowohl auf der in diesem Sommer stattgefundenen Fremdenverkehrsenquête als auch in zahlreichen Kundgebungen wirtschaftlicher Körperschaften wurde die Forderung erhoben, ohne Rücksicht auf die Haltung anderer Staaten in Österreich zur Aufhebung des Passivzwanges und der damit verbundenen Passivisa zu schreiten.

Wie wir erfahren, hat der Ersparungskommissär sich ebenfalls mit dieser Frage beschäftigt, und vom rein ökonomischen Standpunkt der Bundesverwaltung sich im gleichen Sinne ausgesprochen. Gegenüber der Angabe, daß vom Ertragnis der Passivisa gebühren nicht nur der Aufwand für unsere Vertretungen im Ausland, sondern sogar ein kleiner Uberschuß erzielt wird, stellt der Ersparungskommissär fest, daß diese Akkompst im Ressort „Bundesministerium für Aeußeres“ gleichzeitig eine Passivpost für die Bundesministerien für Inneres und für Finanzen bedeutet, da der Personalaufwand dieser beiden Ressorts, der durch die Erteilung der Visa, beziehungsweise die Kontrolle der Pässe verursacht wird, und die damit verbundenen sachlichen Auslagen weit größer sind als die im Ressort des Aeußeren erzielten Einnahmen. Die Aufhebung der Passivisa würde es überdies ermöglichen, eine entsprechende Anzahl von Bundesangestellten, die derzeit bei den ausländischen Vertretungen für die Behandlung der Passangelegenheiten in Verwendung stehen, von dort abzugeben und damit erhebliche Ersparungen zu erzielen.

Wie verlautet, beabsichtigt der Ersparungskommissär, diesen Vorschlag demnächst in einer Konferenz der beteiligten Ressorts zur Sprache zu bringen. Was die Erhaltungskosten der österreichischen Vertretungen im Ausland betrifft, wird an Beitragsleistungen der im Auslande lebenden und an dem Bestande der dortigen Vertretungsstellen interessierten österreichischen Staatsangehörigen gedacht.

### Das Ende der Kriegszentralen.

Wien, 17. Oktober.

Bekanntlich wurde im Vorjahre durch eine Verordnung der Bundesregierung die Aufsicht über die Liquidierung sämtlicher aus der Kriegs- und Nachkriegszeit stammenden Wirtschaftszentralen dem Ersparungskommissär übertragen. Durch Forcierung der Verhandlungen mit den interessierten Nationalstaaten und durch vergleichsweise Ausstrahlung der zahlreichen anhängigen Prozesse ist es bereits gelungen, die Endliquidierung einer ganzen Anzahl dieser Wirtschaftszentralen abzuschließen. So haben die österreichische Zuckerstelle, die Wollzentrale A.-G., die Brauerzentrale, die österreichische Brauerstelle, die österreichische Spirituosenstelle, die Harzzentrale G. m. b. H., die Seidenrohstoffzentrale A.-G., die Hauptstelle für Volkswirtschaft, die österreichische Zentraleinkaufsgesellschaft, das deutsch-österreichische Warenverkehrsbureau, die österreichische Erdölstelle, die Habernzentrale G. m. b. H., die Kriegsgetreideverkehrsanstalt, die Gemüse- und Obststelle des Amtes für Volksernährung, die Del- und Fettzentrale A.-G., die Einfuhrgesellschaft für Getreide, Futtermittel und Saaten G. m. b. H. und die Futtermittelstelle des Amtes für Volksernährung in den letzten Monaten ihre Liquidation abgeschlossen.

Unmittelbar vor Beendigung der Liquidation stehen die Metallstelle G. m. b. H., die österreichische Fischereieinfuhrgesellschaft m. b. H. und die Leder- und Schuhbeschaffungsgesellschaft m. b. H.

Die Liquidation der Zuckerzentrale, der Spirituosen- und Weinverwertungsgesellschaft m. b. H., der Kriegskaffeezentrale, der Baumwollzentrale, Harzzentrale, Metallzentrale, Häute- und Lederzentrale, der deutsch-österreichischen Lederstelle, der österreichischen Getreideanstalt und der österreichischen Geflügelübernahmungs- und Verteilungsstelle dürfte in den nächsten Monaten vollkommen beendet werden. Hinsichtlich einzelner dieser Zentralen sind noch Verhandlungen mit einem oder mehreren interessierten Nationalstaaten sowie mit größeren oder kleineren Gläubigergruppen zu führen.

interessierten Nationalstaaten sowie mit größeren oder kleineren Gläubigergruppen zu führen.

Mit Ausnahme der österreichischen Getreideanstalt haben sämtliche noch bestehenden Zentralen derzeit überhaupt kein eigenes Personal mehr, indem die fallweisen Liquidationsgeschäfte von den Liquidatoren nur mehr nebenamtlich besorgt werden. Die ausgedehnten Räumlichkeiten sind vom Ersparungskommissär zum Teile zur Beschaffung von Wohnungen für abgebaute Bundesangestellte verwendet worden.

### Wegweiser für die Wahlen.

#### Der Vorgang bei der Wahlhandlung.

Wien, 17. Oktober.

Sonntag den 21. Oktober finden die Wahlen in den Nationalrat, in den Wiener Gemeinderat und Landtag und die Wiener Bezirksvertretungen, sowie in die Landtage von Steiermark, Kärnten, Vorarlberg und Burgenland statt.

In Wien werden die Wahlen in der Zeit von 7 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags, und zwar für alle Körperschaften gemeinsam und gleichzeitig, vorgenommen. Für die Wahl brauchen die Wahlberechtigten eine Urkunde oder eine sonstige amtliche Bescheinigung, aus der ihre Identität ersichtlich ist. Als solche Urkunden oder Bescheinigungen kommen insbesondere in Betracht: Tauf-, Geburts- und Trauschein, der Heiratschein, Anstellungsdekrete, Pässe und amtliche Legitimationen jeder Art, Arbeitsbücher, Dienstbotenbücher, Dienstkarten, Jagdkarten, Eisenbahn- und Tramwaypermanenzkarten, Gewerbebescheinigungen, Diplome, Immatrikulationscheine und Meldungsbücher einer Hochschule, Hoch- und Mittelschulzeugnisse, militärische Dokumente u. dgl., überhaupt alle unter Beidruck eines Amtsstempels ausgefertigten Urkunden, die den Personenstand des Wählers erkennen lassen. Verheiratete Wählerinnen sollen ein Dokument mitbringen, das ihren jetzigen Namen enthält; eine Urkunde mit dem Mädchennamen genügt nicht.

Die Stimmzettel sind von den meisten Parteien in der vom Gesetze vorgeschriebenen Form den Wählern zugesandt worden. Doch kann der Wähler vom Wahlleiter der Wahlbehörde, der er zugewiesen ist, einen Stimmzettel verlangen, den er dann auszufüllen hat. Der Stimmzettel ist gültig ausgefüllt, wenn er die Partei bezeichnet oder wenigstens den Namen eines Bewerbers der gewählten Parteiliste unambigüen enthält, oder nebst der Parteibezeichnung den Namen eines oder mehrerer Bewerber der dieser Partei aufgestellten Parteiliste aufweist. Die Ausfüllung kann durch Handschrift, Druck oder sonstige Verneifältigung geschehen. Streichungen machen den Stimmzettel nicht ungültig, wenn wenigstens der Name eines Wahlwerbers oder die Partei bezeichnet bleibt, da in jedem Falle nur die von den einzelnen Parteien überreichten Listen maßgebend sind.

In ganz Wien wird in allen Bezirken für alle gleichzeitig vorzunehmenden Wahlen (Nationalrat, Gemeinderat, Bezirksvertretungen) ein gemeinsamer Stimmzettel abgegeben. Die Stimmzettel sind in der Mitte durch einen Strich geteilt, so daß, wer nur für den Nationalrat oder nur für den Gemeinderat seine Stimme abgeben oder für beide Körperschaften verschiedene Parteien wählen will, durch Trennung der beiden Hälften des gemeinsamen Stimmzettels seine Absicht verwirklichen kann. Die obere Hälfte des gemeinsamen Stimmzettels trägt den Vermerk „Nationalrat“, die untere den Vermerk „Gemeinderat und Bezirksvertretung“. Doch kann auch für jede Wahl ein besonderer Stimmzettel abgegeben werden, wenn er sonst den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

Jeder Wähler findet im Flur seines Wohnhauses die amtliche Verlautbarung angehängt, welcher Wahlbehörde er zugewiesen ist, beziehungsweise in welchem Wahllokal er abzustimmen hat. Von dieser Behörde erhält der Wähler, nachdem er sich entsprechend ausgewiesen hat, ein Wahlkver und eventuell einen leeren Stimmzettel, womit er sich in die Wahlzelle begibt. Dort fällt er, wenn er dies nicht schon früher getan hat, den Stimmzettel aus, legt ihn in das Kver, tritt dann aus der Zelle und übergibt das Kver geschlossen dem Wahlleiter, der es uneröffnet in die Urne legt. Der Name des Wählers, der seine Stimme abgegeben hat, wird von einem Beisitzer der Behörde in ein Abstimmungsverzeichnis eingetragen, gleichzeitig wird sein Name von einem zweiten Beisitzer im Wählerverzeichnis abgestrichen. Hierauf verläßt der Wähler das Wahllokal.

Im Gebäude des Wahllokals und in einem gewissen Umkreis ist am Wahltag jede Art der Wahlwerbung, insbesondere durch Ansprachen an die Wähler, durch Verteilung von Wahlaufrufen oder von Kandidatenlisten und dergleichen, ferner jede Ansammlung sowie das Tragen von Waffen jeder Art untersagt. Der Ausschank von geistigen Getränken ist am Wahltag sowie am Tage vorher allgemein verboten.

### Die Mandatsverteilung für den Nationalrat.

Im ganzen Bundesgebiet gab es bisher 183 Mandate, während der neue Nationalrat nur 165 Mitglieder zählen wird.

Bisher setzte sich der Nationalrat zusammen aus 85 Christlichsozialen, 69 Sozialdemokraten, 21 Großdeutschen, 7 Bauernbündlern und einem Mitglied der bürgerlichen Arbeitspartei. Davon wurden im ersten Ermittlungsverfahren 151 Mandate bezeugt, von denen 77 auf die Christlichsozialen, 58 auf die Sozialdemokraten, 12 auf die Großdeutschen, 3 auf die Bauernpartei, 1 auf die bürgerliche Arbeitspartei entfielen. Im zweiten Ermittlungsverfahren gelangten 15 Reststimmenmandate zur Bezeugung, von denen 7 den Großdeutschen, 4 den Sozialdemokraten, 3 den Christlichsozialen, 1 der Bauernpartei zugewiesen wurden. Schließlich traten noch die 9 Abgeordneten Kärntens und die 8 Abgeordneten des Burgenlandes dazu.

Die Wahlkreiseinteilung ist im wesentlichen die gleiche geblieben. Die Mandatsverteilung auf die einzelnen Bundesländer und die bisherige Zusammenlegung des Nationalrates nach Parteien...

Wien.

45 Mandate (bisher 48, davon 28 Sozialdemokraten, 16 Christlichsoziale, 3 Großdeutsche, 1 Mitglied der bürgerlichen Arbeitspartei).

Innen-Ost (Innere Stadt, Landstraße, Wieden): 6 Mandate (bisher 7, von denen gegenwärtig 3 von Christlichsozialen, 2 von Sozialdemokraten, 1 von einem Großdeutschen und 1 von einem Mitglied der bürgerlichen Arbeitspartei besetzt sind).

Innen-West (Mariahilf, Neubau, Josefstadt): 4 Mandate (bisher 5; Sozialdemokraten 2, Christlichsoziale 2, Großdeutsche 1).

Nordwest (Alsergrund, Währing, Döbling): 5 Mandate (bisher 6; Sozialdemokraten 3, Christlichsoziale 2, Großdeutsche 1).

Nordost (Leopoldstadt, Brigittenau, Floridsdorf): 8 Mandate (bisher 8; Sozialdemokraten 6, Christlichsoziale 2).

Südost (Margareten, Favoriten, Simmering): 7 Mandate (bisher 7; Sozialdemokraten 5, Christlichsoziale 2).

Südwest (Meidling, Hiesing, Fünfhaus): 7 Mandate (bisher 6; Sozialdemokraten 4, Christlichsoziale 2).

West (Rudolfsheim, Ottakring, Hernals): 8 Mandate (bisher 9; Sozialdemokraten 6, Christlichsoziale 3).

Niederösterreich:

37 Mandate wie bisher; davon 20 Christlichsoziale, 12 Sozialdemokraten, 4 Großdeutsche, 1 Bauernparteil.

Bezirk oberem Wienerwald (Vorort St. Pölten): 9 Mandate (bisher 9; Christlichsoziale 5, Sozialdemokraten 3, Großdeutsche 1).

Bezirk unterm Wienerwald (Wiener-Neustadt): 13 Mandate (bisher 12; Sozialdemokraten 7, Christlichsoziale 4, Großdeutsche 1).

Bezirk oberem Manhartsberg (Krems): 7 Mandate (bisher 8; Christlichsoziale 5, Sozialdemokraten 1, Großdeutsche 1, Bauernpartei 1).

Bezirk unterm Manhartsberg (Kornuburg): 8 Mandate (bisher 8; Christlichsoziale 6, Sozialdemokraten 1, Großdeutsche 1).

Oberösterreich:

23 Mandate, bisher 22 Mandate, davon 15 Christlichsoziale, 5 Sozialdemokraten, 2 Großdeutsche.

Linz und Umgebung: 4 Mandate (bisher 4; davon 2 Sozialdemokraten, je 1 Christlichsozialer und Großdeutscher).

Innviertel (Vorort Ried): 4 Mandate (bisher 4; davon 3 Christlichsoziale, 1 Großdeutscher).

Hausrußviertel (Vorort Wels): 5 Mandate (bisher 5; davon 4 Christlichsoziale, 1 Sozialdemokrat).

Traunviertel (Steyr): 6 Mandate (bisher 5; davon 3 Christlichsoziale, 2 Sozialdemokraten).

Mühlviertel (Freistadt): 4 Mandate (bisher 4; alle christlichsozial).

Salzburg.

6 Mandate (bisher 7; davon 4 Christlichsoziale, 2 Sozialdemokraten, 1 Großdeutscher).

Steiermark.

24 Mandate (bisher 24; davon 13 Christlichsoziale, 8 Sozialdemokraten, 1 Großdeutscher, 2 Bauernparteil.).

Graz und Umgebung: 6 Mandate (bisher 6; davon 3 Sozialdemokraten, 2 Christlichsoziale, 1 Großdeutscher).

Mittel- und Untersteier (Leibnitz): 5 Mandate (bisher 6; davon 4 Christlichsoziale, je 1 Sozialdemokrat und Bauernparteil.).

Döbsteiermark (Feldbach): 5 Mandate (bisher 5; sämtlich christlichsozial).

Obersteiermark (Leoben): 8 Mandate (bisher 7; davon 4 Sozialdemokraten, 2 Christlichsoziale, 1 Bauernparteil.).

Tirol.

Tirol hatte bisher 9 Mandate und zerfiel bei der Wahl im Jahre 1920 in die Wahlkreise Nordtirol und Tirol, welche letzterer aber nunmehr wegfällt. Das Land wählt jetzt nur 8 Abgeordnete in einem Wahlkreise. Bei der letzten Wahl wurden im Nordtiroler Wahlkreise 5 Christlichsoziale, 2 Sozialdemokraten und 1 Großdeutscher gewählt.

Vorarlberg.

Vorarlberg bildet einen Wahlkreis mit 4 Mandaten wie bisher. Im Jahre 1920 wurden gewählt: 3 Christlichsoziale, 1 Sozialdemokrat.

Kärnten.

10 Mandate, bisher 9, in einem Wahlkreise. Bei den letzten Wahlen 4 Sozialdemokraten, 2 Christlichsoziale, 2 Bauernparteil., 1 Großdeutscher.

Burgenland.

8 Mandate in einem Wahlkreise (wie bisher). Bei der letzten Wahl 3 Sozialdemokraten, 3 Christlichsoziale, 1 Großdeutscher, 1 Bauernparteil.

Die Ergebnisse der Nationalratswahlen im Jahre 1920.

Im Jahre 1920 erhielten in Wien im Wahlkreise Innen-Ost: Die Christlichsozialen 42.194, die Sozialdemokraten 37.377, die Großdeutschen 16.105, die bürgerliche Arbeitspartei 15.689, die Jüdischnationalen 1809 Stimmen.

Innen-West: Die Christlichsozialen 35.762, die Sozialdemokraten 25.082, die Großdeutschen 12.439, die Demokraten 4748, die Jüdischnationalen 1617 Stimmen.

Nordwest: Die Christlichsozialen 37.841, die Sozialdemokraten 40.512, die Großdeutschen 17.788, die Arbeitspartei 9020, die Jüdischnationalen 2849 Stimmen.

Nordost: Die Christlichsozialen 35.405, die Sozialdemokraten 86.700, die Großdeutschen 7527, die Demokraten 4632, die Jüdischnationalen 9725 Stimmen.

Südwest: Die Christlichsozialen 46.780, die Sozialdemokraten 70.824, die Großdeutschen 14.418, die Arbeitspartei 2588, die Jüdischnationalen 567 Stimmen.

West: Die Christlichsozialen 44.684, die Sozialdemokraten 96.616, die Großdeutschen 9472, die Arbeitspartei 1715, die Jüdischnationalen 1036 Stimmen.

In Niederösterreich erhielten im Bezirk ober dem Wienerwald: Die Christlichsozialen 90.221, die Sozialdemokraten 45.958, die Großdeutschen 18.743 Stimmen.

Bezirk unterm Wienerwald: Die Christlichsozialen 84.882, die Sozialdemokraten 121.811, die Großdeutschen 32.315 Stimmen.

Bezirk ober dem Manhartsberg: Die Christlichsozialen 60.146, die Sozialdemokraten 19.589, die Großdeutschen 14.181, die Bauernpartei 12.317 Stimmen.

Bezirk unterm Manhartsberg: Die Christlichsozialen 97.343, die Sozialdemokraten 26.940, die Großdeutschen 18.090 Stimmen.

In Oberösterreich erhielten im Wahlkreise Linz und Umgebung: Die Christlichsozialen 27.067, die Sozialdemokraten 31.188, die Großdeutschen 15.878 Stimmen.

Innviertel: Die Christlichsozialen 36.201, die Sozialdemokraten 9630, die Großdeutschen 14.980 Stimmen.

Hausrußviertel: Die Christlichsozialen 53.898, die Sozialdemokraten 20.348, die Großdeutschen 13.358, die Bauernpartei 1945 Stimmen.

Traunviertel: Die Christlichsozialen 49.552, die Sozialdemokraten 34.205, die Großdeutschen 13.507 Stimmen.

Mühlviertel: Die Christlichsozialen 49.563, die Sozialdemokraten 9181, die Großdeutschen 8146 Stimmen.

In Salzburg erhielten die Christlichsozialen 43.471, die Sozialdemokraten 25.448, die Großdeutschen 21.583 Stimmen.

In Steiermark erhielten im Wahlkreise Graz und Umgebung: Die Christlichsozialen 35.711, die Sozialdemokraten 42.583, die Großdeutschen 23.682, die Bauernpartei 6706 Stimmen.

Mittel- und Untersteier: Die Christlichsozialen 41.033, die Sozialdemokraten 19.697, die Großdeutschen 6629, die Bauernpartei 13.536 Stimmen.

Döbsteier: Die Christlichsozialen 65.513, die Sozialdemokraten 9526, die Großdeutschen 4526, die Bauernpartei 11.195 Stimmen.

Obersteier: Die Christlichsozialen 33.051, die Sozialdemokraten 68.730, die Großdeutschen 11.976, die Bauernpartei 14.731 Stimmen.

In Tirol (Nordtirol) erhielten die Christlichsozialen 81.993, die Sozialdemokraten 27.697, die Großdeutschen 19.264 Stimmen.

In Vorarlberg erhielten die Christlichsozialen 38.172, die Sozialdemokraten 11.671, die Großdeutschen 7887, die Bauernpartei 5873 Stimmen.

In Kärnten erhielten die Christlichsozialen 25.989, die Sozialdemokraten 60.773, die Großdeutschen 16.149 und der Bauernbund 28.614 Stimmen.

Im Burgenland erhielten die Christlichsozialen 40.619, die Sozialdemokraten 50.149, die Großdeutschen 16.131 und der Landbund 22.061 Stimmen.

Die Wahlvorschläge der Parteien.

Für die Wahlen in den Nationalrat haben die Christlichsozialen, die Sozialdemokraten und die Großdeutschen für alle Wahlkreise ihre Vorschläge erstattet, außerdem sind auch mehrere kleinere Gruppen in die Wahlwerbung eingetreten. In Wien insbesondere haben für alle sieben Nationalratswahlkreise die sozialdemokratische, die christlichsoziale, die großdeutsche, die kommunistische, die bürgerlich-demokratische, die tschechoslowakische Partei und die jüdische Wahlgemeinschaft Wahlvorschläge eingebracht. Die kaisertreue Volkspartei (schwarz-gelbe Legitimisten) hat in Wien mit Ausnahme des dritten und vierten Nationalratswahlkreises in den übrigen fünf Wahlkreisen Wahlvorschläge erstattet. Im zweiten Wiener Nationalratswahlkreise wurden noch Wahlvorschläge von dem Bund aller Schaffenden und der Zentralorganisation Wohnungsuchender „Wohnungsliga“ eingebracht.

Das Ermittlungsverfahren. Für den Nationalrat.

Nach Feststellung der in einem Wahlkreise abgegebenen gültigen Stimmen (Gesamtsumme) und der Summe der auf jede Partei entfallenen Stimmen (Partei summe) wird von der Kreiswahlbehörde zunächst die Wahlzahl berechnet. Die Gesamtsumme der im Wahlkreise abgegebenen gültigen Stimmen wird durch die um ein vermehrte Anzahl der im Wahlkreise zu vergebenden Mandate geteilt. Die hiedurch gewonnene, auf die nächstfolgende ganze Zahl erhöhte Ziffer ist die Wahlzahl. Im Jahre 1920 zum Beispiel wurden im Wahlkreise Innen-Ost 118.925 gültige Stimmen abgegeben. In dem Wahlkreise kommen jetzt sechs Mandate zur Besetzung. Es wäre daher, wenn heuer beispielsweise wieder 118.925 Stimmen abgegeben werden würden, die Zahl 118.925 durch 7 zu teilen. Der Quotient ist 16.989,2, die Wahlzahl 16.990. Jeder wahlwerbenden Partei werden nun zunächst so viele Mandate zugewiesen, als die Wahlzahl in ihrer Partei summe enthalten ist (erste Ermittlung). Im Jahre 1920 zum Beispiel erhielten in dem genannten Wahlkreise die Christlichsozialen 42.194, die Sozialdemokraten 37.377 Stimmen. Danach würden im ersten Ermittlungsverfahren auf die Christlichsozialen zunächst 42.194 : 16.990 = 2 Mandate (Reststimmen 8214), auf die Sozialdemokraten 37.377 : 16.990 = 2 Mandate (Reststimmen 3397) entfallen. Die übrigen wahlwerbenden Parteien erhielten in diesem Bezirke durchwegs weniger Stimmen als die Wahlzahl, ihnen ist daher im ersten Ermittlungsverfahren kein Mandat zugefallen. Da in dem genannten Wahlkreise sechs Mandate zu vergeben sind, im ersten Ermittlungsverfahren aber nur vier Mandate endgültig zur Besetzung gelangten, erübrigen zwei Restmandate für das zweite Ermittlungsverfahren.

Die Berechnung der Reststimmenmandate erfolgt nun nicht für jeden Wahlkreis gesondert, sondern zu diesem Zwecke werden mehrere Wahlkreise zu einem Wahlkreisverbande zusammengefaßt, innerhalb dessen alle in den zugehörigen Wahlkreisen im ersten Ermittlungsverfahren unbefestigten Reststimmenmandate gemeinsam zur Besetzung gelangen. So sind die sieben Wahlkreise Wiens, in denen zusammen 45 Mandate zur Besetzung kommen, in einem Wahlkreisverbande zusammengefaßt, ebenso bilden die Wahlkreise des Landes Niederösterreich einen solchen Verband, weiter die Wahlkreise der Länder Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg und die Wahlkreise der Länder Kärnten, Steiermark und des Burgenlandes einen Verband. Es werden nun von der Verbandswahlbehörde die Anzahl der innerhalb des Verbandes im zweiten Ermittlungsverfahren zu vergebenden Mandate und die Summe der für jede Partei verbliebenen Reststimmen ermittelt, wobei auch die Partei summen jener Parteien in Rechnung zu stellen sind, die im ersten Ermittlungsverfahren überhaupt kein Mandat erhalten haben, da die auf sie entfallene Stimmenzahl die Wahlzahl nicht erreichte. Diese Reststimmenzahlen werden, nach ihrer Größe geordnet, nebeneinander geschrieben, unter jeder Zahl wird deren Hälfte geschrieben, darunter das Drittel, das Viertel und nach Bedarf die weiterfolgenden Teilzahlen. Als Wahlzahl gilt nun bei bloß einem zu vergebenden Mandate die größte, bei zwei zu vergebenden Mandaten die zweitgrößte, bei drei solcher Mandate die drittgrößte usw. der so angeordneten Zahlen. Jede Partei erhält dann so viel Mandate, als die Wahlzahl in ihren Reststimmen enthalten ist.

Ein Beispiel möge dies erläutern: In den zum Wahlkreisverbande Wien gehörenden Wahlkreisen werden im ersten Ermittlungsverfahren statt 45 Mandate nur 35 vergeben, so daß 10 Mandate noch zur Besetzung gelangen.

Table with 3 columns: Reststimmen, Christlichsoziale, Sozialdemokraten, Großdeutsche. Rows: Die Hälfte, Das Drittel, Das Viertel.

Da zehn Mandate zu vergeben sind, ist die zehngroße Zahl, also 18.640, die Wahlzahl. Diese ist in 85.320 viermal, in 74.560 gleichfalls viermal, in 49.640 zweimal enthalten. Es erhalten also die Christlichsozialen und die Sozialdemokraten je vier, die Großdeutschen zwei Reststimmenmandate, selbst wenn beispielsweise die letzteren im ersten Ermittlungsverfahren in Wien kein Mandat erobert hätten, wenn ihnen nur sonst im Bundesgebiete im ersten Ermittlungsverfahren Mandate zugefallen sind. Das ist allerdings Voraussetzung für die Zurechnung von Mandaten im zweiten Ermittlungsverfahren, ebenso wie die Parteien, welche auf eine solche Zurechnung Anspruch erheben, ihn rechtzeitig anmelden müssen.

Für den Gemeinderat.

Hier ist das Ermittlungsverfahren nach dem gleichen System geordnet, das für die Reststimmenmandate im Nationalrat gilt. Eine Verwertung der Reststimmen findet nicht statt. Jede Partei erhält so viele Gemeinderatsitze, als die Wahlzahl in ihrer Partei summe enthalten ist. In der gleichen Weise werden auch die Mitglieder der Bezirksvertretungen gewählt.

Das Alkoholverbot anlässlich der Wahlen.

In der gestern stattgefundenen Ausschusssitzung der Gastwirtgenossenschaft wies Vorsteher Holzmann darauf hin, daß am Samstag den 20. d. dem Vortage der Wahl und am Wahltag, Sonntag den 21. d., nach der Wahlordnung der Ausschank von geistigen Getränken allgemein verboten ist. Die Genossenschaftsmitglieder werden daher aufmerksam gemacht, die gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten.

Versammlungen der bürgerlich-demokratischen Arbeitspartei.

Hals 8 Uhr abends im Hotel Bayerischer Hof, 2. Bezirk, Tabakstraße 39, freie Wählerversammlung. Redner: Doktor Leopold Blasel, Ingenieur Max Friedmann, Oberfinanzrat Dr. Melkus, Dr. Neuner, Kommerzialrat Bjarshy.

Hals 8 Uhr abends in Dreher's Bierhalle, 3. Bezirk, Landstraße Hauptstraße 97, 1. Stock links, Wählerversammlung. Redner: Ingenieur Max Friedmann, Amtsrat Karl Miklner, Vizepräsident Josef Vinz, Hofrat Dr. Wirth.

Hals 8 Uhr abends in Florian Steininger's Saallokaltäten, 19. Bezirk, Gatterburggasse 19, Wählerversammlung. Redner: Oberbaurat Professor Leopold Bauer, Frau Professor Doktor Elise Richter, Bezirksrat Gustav Schönwetter und die übrigen Kandidaten.

7 Uhr abends im Löwencafé, 9. Bezirk, Rotenlöwengasse 7, Wählerversammlung. Redner: Oberbaurat Professor Bauer, Alexius Salzer, Stadtbaumeister Melcher, Rechtsanwalt Dr. Trnka und die übrigen Wahlwerber.

In einer von der bürgerlich-demokratischen Arbeitspartei im Restaurant „zur Glocke“ einberufenen Versammlung der Wähler der Bezirke 6, 7 und 8 sprach gestern Frau Marianne Sainisch. Sie betonte als hauptsächlich anzustrebendes Ziel die Herstellung des Friedens unter den Parteien. Die Art der Gesetzgebung im Parlament müsse geradezu als skandalös bezeichnet werden und der sich geltend machende Mangel an Sach- und Fachkenntnissen mit Trauer erfüllen. Die Sozialdemokraten arbeiten mit einigen Schlagworten, aber was sie gemacht haben, war schlecht. Ihre Erfolge zeigen sich an den Verhältnissen in Rußland und Deutschland. Für die Christlichsozialen können wir trotz der Verdienste Seipel's nicht eintreten, weil man, rückdenkend an die Zeiten des Konkordats und der Reaktion, in dieser Partei eine große Gefahr erblicken muß. Die Rednerin schloß unter stürmischen Beifall mit den Worten: Das Bürgertum will sein Recht, es verlangt die Freiheit des Individuums in Wort und Schrift. Es sprach noch die Kandidaten für den Nationalrat Hofrat Dr. Klang und Bezirksrat Stadler sowie der Kandidat für den Gemeinderat Oberfinanzrat Doktor Reumann.

Im Saale des Restaurants Giegl in der Praterstraße fand gestern eine zahlreich besuchte Versammlung der Detailkaufleute des zweiten Bezirkes statt, in der die Kandidaten der bürgerlich-

demokratischen Arbeitspartei Oberfinanzrat Dr. Melkus, ...

Bundeschkanzler Dr. Seipel über eine Aktion für die Kleinrentner.

Gestern sprach Bundeschkanzler Dr. Seipel in einer Versammlung im Prater. Er führte unter anderem aus: Wir haben uns den Grundtag zurechtgelegt: Weniger versprechen und mehr halten.

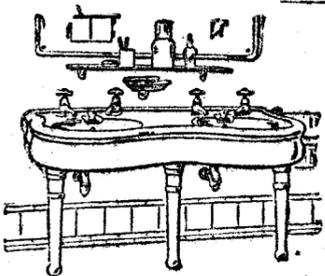
Die Listenbezeichnung des Verbandes der Großdeutschen und des Landbundes.

Der Kampf um die Listenbezeichnung der großdeutschen Wahlwerbung ist nun beendet. Es haben sich auch die Wahlkreisbehörden, die seinerzeit die Listenbezeichnung Verband der Großdeutschen und des Landbundes nicht anerkennen wollten, dem Beschlusse der Hauptwahlbehörde angepasst.

Zuland.

Wien, 17. Oktober. (Österreichische Politische Gesellschaft.) Donnerstag den 18. d., abends 7 1/2 Uhr, Vortrag des Schriftstellers Herrn Ernst Kissauer über: „Wien als Erlebnis eines Reichsdeutschen.“

Mitteilungen aus dem Publikum.



Zeitgemäße Einrichtungen für fließendes Wasser, Badezimmer, Toiletteanlagen, Zentralheizungen. Hubmer & Haas Klagenfurt.

Biedermeier-Möbelausstellung. Vollständig eingerichtete Zimmer in gemütlicher Zusammenstellung. Edwin Grossmann, Wien, I., Spiegelgasse Nr. 13.

Gebrüder POLLITZER I. BAUERNMARKT 6-8 Das Haus der Modestoffe

Kuranstalt Tobelbad bei Graz. Modernst ausgebaut. Alle physikalischen und elektrischen Heilbehelfe. Leitender Arzt: Dr. Edwin Kluge. Telefon: Graz 2307.

ALTE GEIGEN Italienischer, französischer und deutscher Meister. KNOFF, I., WALLFISCHGASSE 14.

Milliarden auf Häuser

eventuell in Teilbeträgen, auch ohne Einverleibung. Geld sofort vorpresentfrei durch gerichtl. besetzten Sachverständigen Rudolph O. Well, I., Stubenring 12. Telefon 71516.

Schlosseranzüge VII., Burggasse 81 Arbeitmäntel usw. Berutskleiderfabrik Grossbard.

„ROTER STADL“ ab 15. Oktober geschlossen. Eröffnung März.

Maria Theresien- und sonstige Stilmöbel aller Art in gediegener Ausführung und zu mässigen Preisen bei Philipp Kron, I., Raubensteingasse 10. Gegr. 1873.

Ein Erfolg der Wissenschaft!

Die medizinische Chloramint-Rasierseife schützt vor Ausschlägen und Ansteckung. Töpfers Keramin-Seife nach Prof. Anna das Beste gegen Uneinhalten der Haut.

PORZER, VII., Lindengasse 54. Einkauf von Gold, Silber u. Platin

Lustertabrik Carl Oswald & Co. Wien, III, Schlachthausgasse 46. Tel. 3521. Musterlederlage: I., Glückgasse 2. Tel. 76609.

Kurhaus Eggenberg b. Graz. Neu renoviert, idealer Aufenthalt f. innere Stoffwechselkranke, Rekonvaleszente, Erholungsbefürdigte.

Die Küche auf den Lloyd-Dampfern ist weltbekannt! Die Chef-Köche des Lloyd sind jetzt tätig im RISTORANTE „LIDO“ WIEN, I., NEUER MARKT 3. DINER SOUPER

M. ELLENBOGEN VII., Lindengasse 23 Spezialhaus für Modistenzugehör und Seldenwaren ERÖFFNET Samstag den 20. Oktober Filiale Bauernmarkt

Das Briefmarkengeld der „Neuen Freien Presse“.



Ausgabe ausschließlich an Interessenten des „Kleinen Anzeigers“ bei Aufgabe von Inseraten im Bureau des „Kleinen Anzeigers“ ab 19. d. M.

Sanatorium Schweizerhof bei Graz. herrliches Südklima, beste Verpflegung für Diät- und M.-Kuren, für alle Erkrankungen der Atmungsorgane, Magen-, Darm- und Stoffwechsel-leiden u. Rekonvaleszenz nach Operation. Prospekte postwa 20 d

Grösste Auswahl echter, erstklassiger Perser-Teppiche A. Novzari, I., Operngasse 14.

Der beste Wagen der Welt! ROLLS-ROYCE Generalrepräsentanz: Wien, IX., Althanplatz 6. Telefon 15081.

Ungethümmöbel WIEN, V., OBERE AMTSHAUSGASSE Nr. 27.

Sanatorium Parsch bei Salzburg für Nerven-, innere und Stoffwechselkranke in der Herbstsaison ermässigte Preise.

Lokal abzugeben. Auf frequenter Hauptstrasse gelegenes Lokal, Bierkneipe, für Wechsellube oder Detailgeschäft jeder Branche besonders geeignet.

Als gute Hypothek gesucht 10.000 U. S. A. Dollar oder 25.000 holl. Gulden von einer vor 14 Jahren gegründeten Maschinenfabrik.

Chapeaux Gaston I., Neuer Markt 10. Originelle Schöpfungen in Tages- u. Abendhüten. Besonders niedrige Preise.

Die Niederlage der Parfümerie „Yvonne“ bisher Bauernmarkt befindet sich von nun an Kärntnerstrasse Nr. 22

**Starke Nerven** und erhöhte körperliche Leistungsfähigkeit verleiht dem Körper  
**Lecikola**  
 In Apotheken erhältlich. — Erzeugung und Grossvertrieb:  
**Chemosan A.-G., Wien I.**

**Kleine Chronik.**

Wien, 17. Oktober.

[Personalnachrichten.] Morgen Donnerstag entfällt wegen dienstlicher Verbindung der Empfang beim Vizekanzler Dr. Frank. — Dienstag den 16. d. veranstaltete die Hörerschaft der Hochschule für Welthandel im Festsaal der Hochschule anlässlich des 60. Geburtstages des Professors für Bankbetriebslehre Julius Ziegler eine Festversammlung. Professor Ziegler würdigte in einer Festrede die Verdienste des Jubilars auf wissenschaftlichem Gebiete und hob seine Anteilnahme an der Entwicklung der Hochschule hervor. — Der Oberregisseur der Wiener Kammeroper Kammerfänger Anton Ludwig hat von Direktor Dr. Baumgartner eine Berufung als Lehrkraft für Sologesang an das „Mozarteum“ nach Salzburg erhalten. — Aus Mailand wird gemeldet: Die Mitglieder des Wiener Kaufmännischen Gesangvereines folgten gestern einer Einladung ins Rathaus, wo sie vom Bürgermeister, Senator Mangiagalli, mit einer Ansprache begrüßt wurden, auf die der österreichische Konsul und der Vorstand des Gesangvereines erwiderten. Abends und heute gaben die Wiener Sänger im Verdi-Konservatorium Konzerte.

[Ubersiedlung des „Kleinen Anzeigers“ der „Neuen Freien Presse“.] Der „Kleine Anzeiger“ der „Neuen Freien Presse“ übersiedelt. Er befindet sich von Freitag den 19. d. an 1. Bezirk, Schulerstraße 1/3, Ecke der Strobelgasse. Wir sind weiter hineingerückt in das Herz von Wien, dorthin, wo der stärkste Verkehr des Geschäftslebens flutet. Wenige Schritte vom Stephansplatz entfernt befindet sich unser neues Bureau, in dem das inserierende Publikum aller zeitgemäßen Bequemlichkeiten teilhaftig werden soll. Bei der immer steigenden Bedeutung, die der kleinen Anzeige im Wirtschaftsleben der Gegenwart zukommt, haben wir dafür Sorge getragen, daß den Interessenten jeder überflüssige Zeitaufwand erspart werde und daß ihnen bei Abfassung der kleinen Anzeige sachgemäßester Rat zur Verfügung stehe. Anlässlich der Übersiedlung des „Kleinen Anzeigers“ der „Neuen Freien Presse“ hat sich unsere Administration den Teilnehmern der ersten Emission des österreichischen Briefmarkengelbes angeschlossen. Sie wird Briefmarkengelb in zwei Serien, und zwar in Werte von 100 und 500 K. herausgeben. Eine geschmackvoll ausgeführte Hülle, die auf der Rückseite die neue Adresse des „Kleinen Anzeigers“ der „Neuen Freien Presse“, 1. Bezirk, Schulerstraße 1/3, trägt, enthält je eine 100- beziehungsweise 500-Kronen-Briefmarke. Die Ausgabe des Briefmarkengelbes erfolgt ausschließlich an die Interessenten des „Kleinen Anzeigers“ bei Aufgabe von Inseraten.

[Chronikbeilage der „Neuen Freien Presse“.] Die Chronikbeilage der heutigen Nummer der „Neuen Freien Presse“ enthält auf den Seiten 11 und 12: „Die Wünschelrute.“ Von Graf Karl Klinckow-Proem. — Die 31. Fortsetzung des Romans „Weib in Flammen.“ Von Georg Fröschel. — „Erinnerungen an die Oktoberrevolution 1848.“ Von Alois Czobik.

[Ein Nestroy-Bentenartag.] Im Leben und Wirken Johann Nestroys war der 18. Oktober 1823 ein Datum von höchster Bedeutung. An dem Tage trat er als Mitglied des Amsterdamer deutschen Theaters zum erstenmal vor das Publikum der holländischen Hauptstadt, nachdem er kaum vierzehn Monate vorher im Kärntnertheater in Wien als zitternder Anfänger die Bühne betreten hatte. Als Opernsänger begann er seine Laufbahn. Der Sarasro in der „Zauberflöte“ war seine Debütrolle, in der er vor der zünftigen Kritik mehr als freundlich begrüßt wurde. Ihr Stimmführer Wolf Bäuerle schrieb in seiner vielgelesenen und durchaus maßgebenden „Wiener Theaterzeitung“ über den noch nicht Einundzwanzigjährigen: „Herr Nestroy überrascht das Theaterpublikum. Ein ganz junger Mann von großem Wuchs und vorteilhafter Bildung, mit einer biegsamen, angenehmen Stimme und voller Disposition zu Spiel und Darstellung, war er eine erfreuliche, willkommene Erscheinung. ... Obwohl der Part des Sarasro für diesen Sänger etwas zu tief zu liegen scheint, so führte er ihn dennoch lobenswert durch und erreichte überhaupt bei diesem seinem ersten Auftreten durch Spiel und Gesang die schönsten Hoffnungen.“ Zu heute vergessenen und verschollenen Opern „Sargines“ und „Raoul, der Blaubart“ absolvierte er mit gleichem Glück seine weiteren Debüts, im letztgenannten Werke neben der Schröder-Devrient und doch von dem Ruhme und der Kunst dieser ganz einzigen Sängerin, der geachtetsten der Zeit, nicht an die Wand gedrückt. Man läßt aber den Neuling nicht aufkommen. Rabalen setzten ein und verleiteten ihm das Wirken an der ersten deutschen Opernbühne. Er nahm schon nach Jahresfrist seine Entlassung und ging gleich sehr weit, an das holländische Meer. Dort verbrachte er zwei glückliche Jahre als eines der geschäftigsten und vielleicht das meistbeschäftigste Mitglied des deutschen Theaters, in dessen Räumen sich die vornehmsten Kreise der Stadt bis zur königlichen Familie versammelten. Er stand hier fast täglich auf den Brettern. Als Kaspar in Webers „Freischütz“, nach seines Züngers und Kollegen Karl Blasels Aufführung eine seiner eindrucksvollsten, schon den künftigen Grotteskomiiker verratenden Schöpfungen, hatte er sich den Amsterdamerinnen vorgestellt, die ihn bald ins

Herz geschlossen hatten. Wenn er auch da den Grafen Alnaviva in „Figaros Hochzeit“ und noch den Sarasro sang, ging er doch schon mit dem Basilio in „Barbier von Sevilla“ und noch energischer mit dem Papageno in das Fach des Papouffo, des Erbeiterers, über. Der eigentlichen historischen Wert verleihen aber dem Amsterdamer Wirken Nestroys seine vorerst nicht sehr erfolgreichen, aber allmählich immer sichereren schauspielerischen Versuche in Lustspiel und Posse, besonders in den Komödien Kottebues, die damals den Spielplan beherrschten. Sie brachten ihn dem fröhlichen Sprechstück näher, erlösten in ihm den Komiker von Gottes Gnaden und später auch das aristophanische Genie, das wohl erst drei Jahre später in Graz mit einer kleinen Burleske aus dem Theaterleben „Der Zettelträger Rapp“, den er auch selbst darstellte, aus der Eierhale kroch, um bald — von Raimunds Zauberstäben mächtig angeregt — heftig, frei und froh die Schwingen zu regen.

[Folgenschwere Panik auf einem Londoner Kleintiermarkt.] Wie die „Daily Mail“ meldet, ist kürzlich auf dem Club-row-Markt, dem größten englischen Markt für Kanarienvögel, zu einer Zeit, da er den stärksten Besuch aufwies, eine Panik hervorgerufen worden, der Menschen und Tiere zum Opfer fielen. 61 Personen erlitten Verletzungen, davon 11 schwererer Natur, mehr als 2000 Vögel sind ihren Käfigen entflohen und zum größten Teile zu Tode getreten, eine Unzahl Geflügel und mehr als 100 junge Hunde und Katzen zerstampft worden. Alle Anzeichen deuten auf einen verbrecherischen Anschlag, dessen Urheber die Polizei ausfindig zu machen bemüht ist. Der bekannte Markt wird in Slaterstreet abgehalten, wo sich an diesem Tage etwa 3000 bis 4000 Menschen eingefunden haben. Mittwegs etwa verengt sich diese Straße in gefährlicher Weise, und gerade hier, wo also das Gedränge am stärksten war, ertönten plötzlich Rufe, „Ein Erdbeben!“ „Ein schenes Pferd!“ „Ein Mann mit einem Revolver!“ Diese Angstrufe, in das Gedränge der eingekleiteten Besucher geworfen, mußten verheerend wirken. Von rasendem Schreck erfaßt, suchte alles den Ausgang des Engpasses zu gewinnen, wild, verzweifelt, brutal preßte es sich vorwärts, schrie und tobte, schlug wie besessen um sich, nur getrieben von Hunger nach Leben und bis zum Wahnsinn aufgepeitscht durch das Krachen der zerfallenden und stürzenden Verkaufsstände, das Behegehrei der Niederworfenen und Zertrümmerten, die gellenden Todesrufe der verzweifelten Tiere. Die Aufregung zu erhöhen, war ein Verkaufstand umgeworfen worden, an dem Patentlampen verkauft worden waren, und eine Kanne Benzin war explodiert und hatte Feuer gefangen. Nur der Geistesgegenwart einiger starker Männer, die es mit Riesengewalt fertig brachten, Frauen und Kinder von den Flammen fernzuhalten, war es zu danken, daß eine noch furchtbarere Katastrophe abgewendet wurde. Augenzeugen erzählen bewundernd von dem Mut, den Kinder bewiesen, die inmitten der grauenvollen Szenen der eigenen Sicherheit vergaßen, um die zu Tode getroffenen niedrig flatternden Vögelchen zu retten. Weinend brachten sie diese in Geschäfte und baten, man möge sie von ihren Todesqualen befreien. Bei Arthur Howard and Sons, einer der größten Firmen für den Export und Import von Kanarienvögeln, war eine Korntruhe zur Hälfte mit den auf diese Weise gesammelten Vögeln gefüllt. Mr. Howard erzählt, er habe einen Stand von mehr als 30 Meter Länge gehabt, und das alles sei wie weggeblasen. Sein Verlust betrage sich zwischen 800 bis 1200 Vögeln, darunter 4 Papageien, Hunderte von Kanarienvögeln, Goldfinken und anderen Singvögeln sowie mehreren hundert Nachtigallen, die eben erst vom Kontinent eingetroffen waren. Des materiellen Verlustes von 300 Pf. St. (etwa 100 Millionen Kronen) achtet er nicht. Aber das zerstörte Leben seiner tausend Vögelchen gehe dem Tierfreund sehr zu Herzen. Mr. Howard ist überzeugt, daß die Panik der verbrecherische Racheakt unserer Vogelhändler sei, denen jüngst das Handwerk gelegt worden war. Er ließ Plakate anschlagen, in denen er 50 Pf. St. (etwa 16 Millionen Kronen) jenem bietet, der den Täter ausfindet, und weitere 100 Pf. St. einem Kinderhospital zu übergeben verspricht, wenn der Verbrecher hinter Schloß und Riegel sitzt. Von den 61 verletzten Personen mußten 11 der Spitalsbehandlung übergeben werden.

[Ein Kongress über den Geburtenrückgang.] Aus Marseille schreibt uns ein Freund unseres Blattes: An allen Mauern kleben farbige Plakate, die von Scharen der Passanten umlagert sind. Eine geschickt entworfene Zeichnung von Salge zeigt einen französischen Bauer, dessen Acker von Engländern, Italienern und Deutschen überflutet ist. Dieses Bild soll Frankreich symbolisieren, das unter dem Geburtenrückgang leidet, während aus den benachbarten Ländern zahllose Menschen, denen es in ihrer Heimat zu eng geworden ist, über die französische Grenze wandern und sich in Frankreich häuslich einrichten. Unter diesem Bild stehen in riesigen Lettern die Worte: „Wenn es so weiter geht, Franzosen, dann wird sich in dreißig Jahren eure Zahl so verringert und euer Elend so vergrößert haben, daß ihr in Eurem Lande nichts mehr zu sagen haben werdet.“ Nun enthält allerdings dieser Text eine gewisse Übertreibung, denn nicht nur in Frankreich, sondern auch in anderen Ländern einer hochentwickelten Zivilisation bildet der Geburtenrückgang ein ernstes Problem. Die Plakate künden den Kongress gegen den Geburtenrückgang an, der im Palais de la Bourge tagt. Es ist ganz interessant, den Leuten zuzuhören, die den Text der Plakate mit ihren Bemerkungen kommentieren und glossieren. Die meisten sind der Ansicht, daß Frankreich gar keinen Grund habe, seinen Geburtenrückgang zu bekämpfen, weil bei der schweren wirtschaftlichen Krise für die meisten Familien jedes Kind eine fast unerträgliche Belastung bedeute. Auch die Kongreßteilnehmer, Familienväter, Parlamentarier, Professoren, Geistliche, Industrielle, sind sich nicht nur in ihren Meinungen über die Wege und Methoden zur Bekämpfung des Geburtenrückganges

keineswegs einig, sondern man hört auch ab und zu die allerdings nur schüchtern vorgebrachte Meinung, daß der Geburtenrückgang unter den gegenwärtigen Umständen kein Uebel sei. Freilich wird diesen Rednern sofort erwidert, daß die wichtigste Aufgabe der Bevölkerungspolitik in der Vermehrung der Bevölkerung bestehe, und daß ein Frankreich ohne Franzosen eben nicht mehr Frankreich sei. Über unmittelbare Mittel geben ihre Meinung dahin ab, daß dem französischen Volke mit einer Ueberproduktion an bleichsüchtigen, rachitischen, unterernährten Kindern nicht gebient sei, und so kommt denn auch der Kongress, dessen Beratungen ein sehr wertvolles Material ergeben, nicht über die Kardinalforderung hinaus, daß der Bevölkerung bessere Lebensbedingungen, vor allem gesunde Wohnungen und eine kräftige Kost, gesichert sein müssen, ehe sich eine ernstliche Bekämpfung des Geburtenrückganges durchführen läßt.

[Eine Bereicherung des Naturhistorischen Museums.] Das Naturhistorische Museum hat in der Vogelabteilung ein neues interessantes Ausstellungsobjekt erhalten. Es ist ein überaus schöner japanischer Phönixhahn mit einem Federbusch von nahezu fünf Meter Länge. Nur der japanischen Spezialzucht gelang es, solche Hähne zu erzeugen, deren Verzierung in unseren Museen nur ganz selten möglich ist. Das neue Schaustück ist im Saal XXI des ersten Stockes allgemein zugänglich.

[Wilhelm Karzags.] Die Witwe Karzags sowie Direktor Hubert Marischka und Frau übermitteln uns folgende Dankagung: „Anlässlich des Ablebens Direktor Wilhelm Karzags sind uns aus aller Welt so außerordentlich zahlreiche Beweise liebevoller und gütiger Teilnahme zugekommen, daß wir nur auf diesem Wege imstande sind, allen, die so liebevoll mit uns gefühlt, unseren innigsten und tiefstgefühlten Dank zu sagen.“

[Medizinische Nachrichten.] Dentist B. J. Botz fiber, 9. Bezirk, Währingerstraße 24, gibt seine geänderte Telephonnummer 11407 bekannt. — Die neue Telephonnummer des Dr. Gustav Woyner, Frauenarzt, 9. Bezirk, Währingerstraße 22, lautet 11538.

[„Das neue Europa.“] Chefredakteur Dr. Paul Cohn von der internationalen Revue „Das neue Europa“ hat sich von Rom nach Paris begeben. Diese bekannte Zeitschrift ist im Interesse des europäischen Wiederaufbaues für den französisch-deutschen Verständigungsgedanken tätig.

[Wahlplakate.] Um allen Mißverständnissen entgegenzutreten, teilt das Minister Hans Neumann mit, daß es für keine Partei Wahlplakate ausgeführt hat.

[Das Wetter.] Ueber Frankreich hat sich ein Hochdruckgebiet ausgebildet. Das Wetter ist im Westen heiter, in Oesterreich örtlich wechselnd, in Wien wehen kalte, westliche Winde. Voraussage: Vormiegend heiter, kühl.

[Todesfälle.] Heute vormittag wurde der vor einigen Tagen verstorbene Redakteur Ernst Fleischer zu Grabe getragen. Dem Sarge folgten unter Anderen die gesamte Redaktion des „Tag“, Vertreter der Organisation der Wiener Presse und des Journalisten- und Schriftstellervereines „Concordia“ sowie zahlreiche Freunde des Verbliebenen. Die letzten Grüße entboten am offenen Grabe Redakteur Koller für die Kollegen, Vorstandsmittglied Friedrich Reiter namens des Journalisten- und Schriftstellervereines „Concordia“. — Herr Moritz Grünbaum ist am 14. d. gestorben. (Beisetzung erfolgte in aller Stille.)

[Geänderte Telephonnummern.] Hofrat Dr. med. M. Landegger (7. Bezirk, Neubaugasse 7) 34635. — Gassenstein & Vogler N.-G. (Schulerstraße 11) ab heute 70170 und 70171. — Ludwig Weiß, Einfuhr und Kommission (9. Bezirk, Bajagasse 54), 11132.

[Berichtigung.] Im Artikel unserer heutigen Chronikbeilage „Der Johannistrieb des Buchhändlers Benz“ von Emil Lager soll es in der ersten Zeile richtig heißen: „Auch im Marmorale des Schwurgerichts ...“

**Die österreichische Segelflugwoche.**

**14 Starts und sehr bedeutende Flugleistungen.**

Der heutige Tag brachte sehr ansehnliche Leistungen, sowohl was die Zahl der Flüge, als die dabei erzielten Leistungen betrifft. Damit ist die Veranstaltung auf dem Waschberg zu dem geworden, was man von ihr erhofft hatte. Die Zahl der heutigen Starts belief sich auf vierzehn, eine Rekordziffer, die im heurigen Rhönwettbewerb nur selten erreicht wurde. Die Höchstleistungen wurden durch die deutschen Gäste Botisch, Martens, Spies, Stamer und Winter erzielt, die auch während ihrer Flüge von den zahlreichen Zuschauern laut akklamiert wurden. Martens legte auf seiner Maschine „Strolch“ (erbaut von den Promethen-Werken, Hannover) eine Strecke von mehr als zehn Kilometer zurück und erreichte damit fast seinen an der Rhön aufgestellten Weltrekord von zwölf Kilometern, der bekanntlich erst kürzlich von Botisch mit einem 19-Kilometer-Flug gebrochen wurde.

Schon in den Morgenstunden wehte günstiger Westwind und wenn auch der Himmel unwölkt war, so lautete doch die Prognose auf Flugwetter. Zeitlich früh unternahm Gottlob Espenlaub auf seiner Maschine einen Probeflug von drei Minuten Dauer. Es war dies das erstmalig, daß er als Erbauer seine Maschine führte. Der Sprühregen, der gegen 9 Uhr vorübergehend einsetzte, hinderte das zahlreiche Publikum nicht, die Fußwanderung auf den Gipfel des Waschberges zu unternehmen. Unter den Zuschauern befanden sich

**Wiener und Wienerinnen!**

Sabt Ihr endlich begriffen, wohin es führt, wenn der städtische Mittelstand keine eigenen Vertreter im Nationalrat hat?

Die Stenerpolitik der letzten Jahre gibt die Antwort! Wollt Ihr

**gerechte Verteilung der Lasten**

dann wählt die Kandidaten der

**Bürgerlich-demokratischen Arbeitspartei!**

viele Schüler und Schülerinnen unter der Führung ihrer Lehrkräfte. Das Publikum kam heute reichlich auf seine Rechnung.

Die einzelnen Flüge.

Als Erster startete, wie schon im Abendblatt kurz gemeldet, bei günstigem Wind Spies (Darmstadt) auf seiner Maschine „Edith“ (erbaut von der akademischen Fliegergruppe Darmstadt), der eine Flugdauer von acht Minuten erreichte und durch seine ruhige Führung auffiel.

Noch ehe er zur Landung schritt, wurde Stamer auf seiner Maschine „Hol's der Teufel“ (erbaut von der Weltensieglergesellschaft Baden-Baden) gestartet, der in einem eleganten Flug eine Strecke von 1268 Meter zurücklegte.

Als Dritter startete die Maschine des Wiener Automobilklubs „Wien“ mit dem Piloten Ingenieur Ehrlich, der als erster mit einer österreichischen Maschine während der Desterreichischen Segelflugwoche einen ganz bemerkenswerten Erfolg verzeichnen konnte und eine Flugzeit von etwa zehn Minuten erreichte. Diese Leistung muß um so höher gewertet werden, als sie überhaupt erst den zweiten Flug Ingenieur Ehrlichs mit einem Segelflugzeug darstellt.

Hierauf startete Martens unter besonderer Spannung des Publikums auf seiner Maschine „Strolch“, der einen halbstündigen Flug vollführte und immer wieder in eleganten Kreisen und Kurven über dem Publikum schwebte, das dem Flieger begeistert jubelte.

Als Fünfter flog neuerdings Spies auf der Maschine „Edith“ und blieb zirka zehn Minuten in der Luft.

Dann startete Stamer auf der Maschine „Epenlaub“. Flugdauer vier Minuten.

Als Siebenter stieg Botsch auf seiner Maschine „Konjul“ (erbaut von der Bahnbedarfs-Mitengesellschaft, Darmstadt) auf und erreichte eine Flugzeit von zehn Minuten. Besondere Begeisterung erregte seine bravouröse Landung, die er, wie er schon vorhergesagt hatte, auf dem Startplatz, auf den er zurückkehrte, knapp vor den Reihen des Publikums vornahm.

Neuerlicher Aufstieg Spies' auf „Edith“. Er fliegt nach der auf dem nächstgelegenen Hügel befindlichen Kirche, umkreist sie und landet nach einer Flugdauer von 17 Minuten im Tale.

Hierauf erzielte Pilot Winter auf der Maschine „Charlotte“ (erbaut von der Luftfahrzeuggesellschaft Stralsund, unter Mitwirkung von Sablatnig, Flugzeugbau in Berlin) einen Flug von zwei Minuten.

Ingenieur Buchholzer, der als nächster auf einem Eindecker der Technischen Hochschule in Wien aufstieg, zeichnete sich durch sehr schöne, ruhige Führung aus und landete nach drei Minuten, wobei seine Maschine jedoch eine Flügelhavarie erlitt.

Als Elfter startete Ingenieur Strommer, Wien, auf einem von ihm konstruierten Eindecker. Gleich nach dem Aufstiege wurde die Maschine durch den Wind zurückgeworfen und überflog sich vollständig. Der Pilot kam glücklicherweise mit nur geringfügigen Verletzungen davon, während die Maschine erheblichen Schaden erlitt.

Bei einem neuerlichen Aufstieg erzielte Winter auf „Charlotte“ eine Flugdauer von sieben Minuten.

Zum Schluß spielte sich das interessanteste Ereignis des gestrigen Flugtages ab. Botsch stieg neuerdings auf seinem „Konjul“ auf und segelte gegen Wollmannsberg. Während er Kurven und Kreise zog, startete Martens auf „Strolch“ und flog seinem Fliegerkameraden nach. Es war ein packendes Schauspiel, als die beiden Maschinen wie riesige Raubvögel einander umkreisten und überhöhten und immer wieder in lautlosen Segelflug die blasse Mondscheibe passierten. Martens stand manchmal minutenlang in der Luft still, während Botsch sich bald senkte, bald wieder Höhe zu gewinnen trachtete. Nach 48 Minuten kehrte Botsch an seinen Startplatz zurück, wo er glatt landete. Martens zog nun auf seiner Maschine weiter nach Norden und konnte von den Fernmeßapparaten nur bis zu zehn Kilometern beobachtet werden, da die Maschine dann in den Wolken verschwand. Automobile machten sich auf die Suche nach dem Landungsplatz des Fliegers. In später Abendstunde wurde Martens bei seinem „Strolch“ noch ein gutes Stück über zehn Kilometer vom Startplatz entfernt aufgefunden. Er hatte wegen der einbrechenden Dämmerung niedergehen müssen.

„Das Segelflugzeug.“ Im Verlag von F. F. Lehmann, München, ist eine sehr instruktive Arbeit von Dr.-Ing. W. v. Langsdorff: „Das Segelflugzeug“, erschienen, richtiger gesagt, ein Lehrbuch über Segelflugzeugbau. Es unterrichtet in gedrängter Kürze über alles zum Verständnis der Theorie Notwendige, legt aber das Hauptgewicht auf die Besprechung aller technisch-konstruktiven Fragen. Die Hauptabschnitte heißen daher: „Der konstruktive Aufbau“ und „Konstruktionsbeispiele“. Neben den Hängegleitern sind behandelt: schwanzengeleitete, flügelgesteuerte und schwanzlose Flugzeuge, ferner Wasserflugzeuge und Hilfsmotorflugzeuge. 114 Flugzeugabbildungen und Konstruktionszeichnungen unterstützen die überaus klaren und verständlichen Darlegungen des Verfassers, der als Flugzeugbauer wie als Fachschriftsteller hervorragenden Ruf genießt.

Generalsekretär Schmid-Dasatiel †.

Der ehemalige Generalsekretär der Desterreichisch-ungarischen Bank Friedrich Schmid-Dasatiel ist heute mittag plötzlich gestorben. Generalsekretär Schmid gehörte der älteren Garde der Wiener Bankfunktionäre an. Er war viele Jahre lang in der Geschäftsleitung der Bank tätig, wo er eine hervorragende Stellung einnahm und die verschiedensten Funktionen versah. Schon in den neunziger Jahren anlässlich der Valutaenquete und des Ueberganges zur Goldwährung, an welcher die Bank naturgemäß einen hervorragenden Anteil hatte, trat Schmid mit verschiedenen Publikationen über die einschlägigen Fragen, insbesondere die Relation und das Eigentum am Bankvermögen sowie dem rechtlichen Charakter der Banknoten, hervor. Er hatte wichtige Referate in der Geschäftsleitung, wußte sich mit allen Zweigen der Tätigkeit der Bankleitung vertraut zu machen, war auch eine Zeilang Oberbuchhalter der Bank und wurde dann im Jahre 1903 zum Stellvertreter des Generalsekretärs Branger bestellt. Nachdem Branger

Der „Aleine Anzeiger“

der „Neuen Freien Presse“

befindet sich ab

Freitag den 19. Oktober

I., Schulerstraße Nr. 1-3

(Gte Strobelgasse).

Telephon Nr. 71-3-80.

im Jahre 1912 in den Ruhestand getreten war, wurde Schmid dessen Nachfolger, eine Stellung, welche er durch mehrere Jahre bis 1917 bekleidete.

Während Branger ein Praktiker war und sich in der Leitung der Bank, der Kreditpolitik, den Währungsfragen und dem Zinsfuß hauptsächlich von kaufmännischen Erwägungen leiten ließ, war die Tätigkeit Schmid's vorwiegend von theoretischen Gesichtspunkten geleitet. Sie verlief auch durchaus nicht reibungslos, da er sich die großen Sympathien, welche Branger bei der Wiener und Budapest Finanzwelt besaß, nicht in gleichem Maße zu erwerben wußte. Insbesondere hatte er Konflikte mit dem damaligen Vizegouverneur und späteren Gouverneur der Bank Freiherrn v. Gruber, die davon ausgingen, daß Gruber in erster Linie die öffentlichen Interessen des Staates, Schmid hingegen die Interessen der Bank als Erwerbsgesellschaft betonte. Schmid hat auch den Umbau der Desterreichisch-ungarischen Bank und die Verlegung ihres Gebäudes auf die Gründe der Mherkaferne in die Wege geleitet, eine Arbeit, die bekanntlich durch den Krieg eine Unterbrechung erfuhr und nicht zu Ende geführt werden konnte. Nachdem er in den Ruhestand versetzt worden war, wendete sich Schmid der privaten Banktätigkeit zu und wurde Direktor der Kommerz- und Diskontobank, welche ursprünglich ein Preßburger Institut war und dann ihren Sitz nach Wien verlegte. Er hat auch weiterhin an theoretischen Diskussionen teilgenommen, hat in den Generalversammlungen der Desterreichisch-ungarischen Bank das Eigentum der Aktionäre am Goldschatz verfochten und sich in verschiedenen Fragen schriftstellerisch betätigt. Friedrich Schmid ist plötzlich einem Herzschlage erlegen. Er hat ein Alter von 70 Jahren erreicht.

Milliardenbörsenverluste eines Börsendisponenten der Länderbank.

In finanziellen Kreisen bildet die plötzliche Abreise eines Börsendisponenten einer Großbank, die mit sehr großen, unbeglichenen Differenzen und Milliardenverlusten in Zusammenhang steht, das Tagesgespräch. Der Börsendisponent der Zentraleuropäischen Länderbank Wilhelm Wilke hat bei verschiedenen privaten Bankfirmen, mit denen er vermöge seiner Stellung als Vertreter der Länderbank in Verbindung gestanden war, Effektenoperationen in großem Umfange vorgenommen, deren Höhe auf mehr als 30 Milliarden Kronen geschätzt wird. Die unbeglichenen Differenzen werden zwischen fünf und zehn Milliarden Kronen angegeben. Bei der Länderbank selbst soll Wilke nicht operiert haben, so daß diese nicht geschädigt ist. Wilke ist von Wien abgereist, soll sich gegenwärtig in München befinden und hat die Bank durch einen Brief verständigt, daß er eine Stelle im Auslande gefunden habe. Die Gläubiger benachrichtigte er dahin, daß er die Absicht habe, seinen Verpflichtungen vollkommen zu entsprechen. Sieben Bankfirmen sind durch die Operationen Wilkes zu großem Schaden gekommen. Wilke stand mit diesen Firmen, da sie in seinem Auftrage Geschäfte der Länderbank ausführten, in intimerer Verbindung, ging bei ihnen große Hausseengagements in schweren Kullisse- und Schrankenpapieren ein, auf denen durch die Kursrückgänge der letzten Zeit bedeutende Verluste liegen. Die Deckung für diese Operationen ist ganz unzureichend. Die hohen Kurse des Sommers wurden von Wilke nicht benützt, den Gewinn sicherzustellen, vielmehr zog Wilke es in Hoffnung auf höheren Nutzen vor, die Positionen aufrechtzuerhalten.

Als in der letzten Zeit die großen Kursrückgänge eintraten und namentlich die Geldsteuerung die Verpöschung erschwerte, wurde er aufgefordert, Zusätze zu leisten oder seine Engagements zum Teile glatzustellen. Er hatte aber nicht genügende Mittel, und sah sich veranlaßt, in das Ausland abzureisen, wo er durch verwandtschaftliche Beziehungen eine Stelle bei einer großen Bank erhalten haben soll. Die Schätzungen über die Schadensumme bewegen sich, wie schon erwähnt, zwischen fünf und zehn Milliarden Kronen. An der gestrigen Wiener Börse wurden für ihn große exekutive Verkäufe vorgenommen, die namhaft zu den Kursrückgängen an diesem Tage beitrugen. Eine Strafanzzeige wurde bisher nicht erstattet, und die Firmen hoffen, daß Wilke von auswärts einen Teil des Schadens gutmachen werde.

Die Börsenoperationen Wilkes.

Wir erhalten hierüber noch die folgende Darstellung: Der Börsendisponent der Zentraleuropäischen Länderbank Wilhelm Wilke, ein Bruder der bekannten Hoffschau-Spielerin gleichen Namens, stand mit vielen Privatpersonen in Verbindung, die zu ihm dank seiner Stellung großes Vertrauen hatten und ihm Börsenaufträge gaben, die er aber nicht durch die Länderbank, sondern durch Privatbanken und Kommissionsfirmen zur Ausführung brachte. Auch für seine eigene Person unternahm er durch Vermittlung dieser Bankfirmen große Spekulationen an der Börse. Auch gegenüber diesen privaten Firmen zog er aus seiner Stellung als Börsendisponent der Länderbank insofern großen Vorteil, als er Börsenaufträge geben konnte, ohne die erforderliche Deckung leisten zu müssen. Sie begnügten sich mit Angaben oder führten seine Aufträge aus, ohne daß er überhaupt das vorgeschriebene Depot auch nur

zu einem geringen Prozentsatze erlegt hätte. Diese Vertrauensseligkeit haben diese Bankfirmen mit enormen Verlusten zu büßen. Wilke bevorzugte nämlich bei seinen Börsentransaktionen die ersten Papiere, und der Kursfall in den letzten Wochen brachte es mit sich, daß er bei jeder einzelnen seiner Transaktionen große Einbußen durch Kursverluste erlitt. Da er keine Deckung gegeben hatte, trifft der Schaden die Kommissionsfirmen, die seine Aufträge im blinden Vertrauen ausgeführt hatten. Die Höhe der von ihm hinterlassenen unbedeckten Differenzen schwankt in den Schätzungen zwischen fünf und zehn Milliarden. Man glaubt aber nicht, daß die Firmen, bei denen er seine Aufträge zu geben pflegte, durch die erlittenen Verluste in ihrer Existenz gefährdet erscheinen. Wilke hat sich nach seiner Flucht nach München gewendet und soll dort bei einer Bank eine Stellung auf leitendem Posten gefunden haben. In einem Briefe hat er versichert, daß er alle seine Verbindlichkeiten erfüllen werde und seitens seiner Gläubiger ist bisher auch eine Strafanzzeige nicht erstattet worden.

Wilke stand seit etwa zehn Jahren im Dienste der Länderbank, die ihn zuerst in einer Filiale, dann im Effektenbureau und zuletzt in der Börsenabteilung beschäftigte. Er lebte schon seit Jahren auf sehr großem Fuße, obwohl er auch in der letzten Zeit seitens der Länderbank kein größeres Einkommen als einen Gehalt von 4 1/2 Millionen im Monat bezog. Er soll mehrere Automobile besitzen, fuhr täglich im Auto bei der Bank vor, wohnte mit seiner jungen Frau, die er mit Schmuck, Pelzen und kostbaren Kleidern überhäufte, im Hotel Regina, da er keine seinen Ansprüchen genügende Wohnung finden konnte: einige Zeit hindurch war er der einzige Hotelgast im Schloßhotel Cobenzl, von wo aus er gleichfalls täglich im Automobil zur Bank fuhr. Es wird auch erzählt, daß er in Markspekulationen viel Geld verloren haben soll.

Unveränderter Brotpreis.

Nach der heutigen Errechnung der Gesteuerungskosten bleiben in der kommenden Verbrauchswoche ab 22. Oktober die Brot- und Gebäckpreise unverändert.

Meldung über ein Ausscheiden Ostwigs aus dem Operntheater.

Die „Korrespondenz Wilhelm“ versendet folgende Mitteilung: Wie wir aus Künstlerkreisen erfahren, steht der Austritt des bekannten Tenors des Wiener Operntheaters Herrn Kammerjägers Karl Magaard-Ostwig aus dem Verbande des Wiener Operntheaters unmittelbar bevor.

Aus der Direktion des Operntheaters wird uns hiezu mitgeteilt, daß dort darüber nicht das geringste bekannt ist. Man hat auch keine Anhaltspunkte dafür, daß etwa eine derartige Absicht des Künstlers bestehe.

Wir haben bereits gemeldet, daß Kammerjäger Karl Magaard-Ostwig auf Grund eines Vertrages mit einer Konzertgesellschaft eine Auslandstournee zu absolvieren hat. Vielleicht hat diese Gastspielreise zu den Gerüchten über das Ausscheiden des Künstlers aus dem Opernverband Anlaß gegeben.

Eine Demonstration gegen die heutige Umbesetzung der Piccaver-Rolle in „Manon Lescaut“.

Die Direktion des Operntheaters versendet folgende Mitteilung:

In den Bureau-lokalitäten des Operntheaters ereignet sich heute abend knapp vor Beginn der Vorstellung ein unangenehmer Zwischenfall. Es wurde Puccini's „Manon Lescaut“ gegeben, und zwar mit Herrn Fischer-Niemann in der Rolle des des Grieux an Stelle des Herrn Kammerjägers Piccaver, der mittags absagte. Herr Piccaver liegt tatsächlich krank zu Bett; die Direktion war daher verpflichtet, für entsprechenden Ersatz zu sorgen, wovon auch die Abendblätter rechtzeitig benachrichtigt wurden. Der Umstand nun, daß Herr Piccaver nicht aufstehen konnte, führte zu einer unliebsamen Szene, wie eine solche bisher im Operntheater noch nie vorgekommen war und sich hoffentlich auch nie mehr ereignen wird. Etwa 30 junge Leute stürmten in den Korridor, wo die Direktionskanzleien untergebracht sind, und demonstrierten scharf gegen die Umbesetzung. Die Funktionäre des Operntheaters, an solche Austritte nicht gewöhnt, versuchten, die jugendlichen Querulanten zu beschwichtigen, und nahmen schließlich zu dem Ausweg Zuflucht, den Unzufriedenen das Geld für die gelösten Karten zur Verfügung zu stellen.

Die Direktion des Operntheaters, zu einem solchen Schritt nicht verpflichtet, wußte sich im Augenblick der Bedrohung nicht anders zu helfen, möchte aber ihrer sozusagen aus Nothwehr erfolgten Verfügung keine präjudizierliche Bedeutung beimessen. Die Verlegenheitsmaßnahme der Direktion erwies sich als richtig, denn die Ankündigung, daß die Demonstranten ihr Geld zurückbekommen, hatte die wohlthätige Folge, daß der unerhörte Ueberfall damit sein Ende fand.

Es ist wohl überflüssig, zu bemerken, daß die Direktion des Operntheaters an der Umbesetzung nicht die geringste Schuld trifft, denn plötzliche Erkrankungen sind in jedem Theaterbetriebe auf der Tagesordnung, und es wäre traurig, wenn infolge einer von der Not der Verhältnisse diktierten Umbesetzung allemal solche unwürdige Szenen folgen würden. Ein Einwurf gegen die Direktion ist um so weniger zulässig, als der für den erkrankten Herrn Piccaver herbeigeholte Ersatzmann vollständig dem künstlerischen Niveau des Operntheaters entspricht.

Wie wir erfahren, ist dieser Zwischenfall vom Publikum unbemerkt geblieben und hat auch keinerlei nachteiligen Einfluß auf den Gang der Vorstellung geübt.

Die deutsche Künstler- und Schriftstellerhilfe.

Im Operntheater findet Sonntag auf Veranlassung der Unterrichtsverwaltung eine Aufführung der „Walküre“ statt, von deren Reinerträgnis ein Teil der „Deutschen Künstlerhilfe“ gewidmet ist. Eine Reihe der namhaftesten Mitglieder des Opernfestbes ist in dieser Vorstellung beschäftigt, und durch eine Reihe von Sonderproben soll die besonders sorgfältige Darstellung gewährleistet werden. Dem Verwendungszweck des Reingewinnes entsprechend, wurden erhöhte Preise in nachfolgendem Ausmaß festgesetzt: Eine Parterreloge oder eine Loge im ersten Rang kostet 1.200.000 K., im zweiten Rang 840.000 K., im dritten 560.000 K., ein Sitz im Parkett, erste Reihe, 340.000 K.; in der zweiten Reihe 300.000 K., dritte bis